

Fair teilen!

Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit,
Sozialstaat stärken

Höchste Zeit für
mehr Gerechtigkeit

1

Reichtum in Deutschland

2

Armut in Deutschland

4

Öffentliche Armut durch
private Reichtumspflege

6

Alles eine Frage der Verteilung

8

Politik der Umverteilung

10

Neoliberalismus
und Globalisierung

12

Ungleichheit produziert Krisen

14

Umverteilung produziert Schulden

16

Vermögensteuer und
Vermögensabgabe

18

Steueroasen und Trutzburgen

20

Fair teilen jetzt!

22



ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Herausgeber:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand
Ressort 1
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Verantwortlich:

Frank Bsirske

Bearbeitung:

Bereich Wirtschaftspolitik
Dr. Dierk Hirschel
Ralf Krämer
Dr. Sabine Reiner
Dr. Norbert Reuter
Anita Weber

Kontakt:

Wirtschaftspolitik@verdi.de
www.wipo.verdi.de

Karikaturen:

Reinhard Alff

Gestaltung und Satz:

VH-7 Medienküche GmbH, 70372 Stuttgart
www.vh7-m.de

Druck:

alpha print medien AG, Darmstadt

W-3061-02-0313

Mai 2013

Höchste Zeit für mehr Gerechtigkeit

Deutschland ist ein reiches Land, und dieser Reichtum ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten weiter gewachsen. Doch bei der Mehrheit der Bevölkerung ist davon wenig oder nichts angekommen. Die Beschäftigten haben heute nicht mehr Kaufkraft als im Jahr 2000. Zwischenzeitlich waren die Reallöhne sogar gesunken.

Die Zahl der Armen ist gestiegen, Millionen sind arm trotz Arbeit. Öffentliche und soziale Leistungen wurden in vielen Bereichen verschlechtert, viele öffentliche Einrichtungen und Verkehrswege sind in einem jämmerlichem Zustand.

Die soziale Kluft wird größer

Die Börsenschwergewichte melden dagegen Rekordgewinne, ihre Manager erhalten millionenschwere Rekordgehälter. Die Milliardäre und Multimillionäre haben sich vom Schock der Finanzkrise längst erholt, ihr Vermögen wächst rasant.

! Wachsender privater Reichtum steht zunehmender persönlicher und öffentlicher Armut gegenüber.

Gerettet wurden die Reichen, Banken und Konzerne vom Staat, der dafür gewaltige zusätzliche Schulden aufnehmen musste. Doch die Steuerbelastung der Geretteten ist heute viel niedriger als in früheren Jahrzehnten. Auch Steuerflucht und Steuerbetrug haben ein gewaltiges Ausmaß, wie immer neue Enthüllungen aufdecken.

„Wohlstand für alle“ und „Leistung soll sich lohnen“ – diese Versprechen klingen heute hohl. Steigende Löhne und der Ausbau des Sozialstaats wurden durch starke Gewerkschaften und die ihnen verbundenen politischen Organisationen erstritten. Doch seit den 1970er-Jahren hat die „neoliberale Konterrevolution“ dafür gesorgt, dass die Ungleichheit weltweit wieder massiv gestiegen ist.

! „Soziale Marktwirtschaft“ war gestern, Kapitalismus pur ist heute, mehr Gerechtigkeit gibt es nicht geschenkt.

Die Menschen spüren das Problem. Das haben repräsentative Befragungen ergeben. Fast 90 Prozent halten die Einkommensunterschiede in Deutschland für zu groß. Nur 15 Prozent finden die Verteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland gerecht. Zwei Drittel sind der Meinung, die soziale Gerechtigkeit habe in den vergangenen Jahren abgenommen, und die Politik habe dazu beigetragen.

Ein Richtungswechsel ist nötig

Die Themen Verteilungsgerechtigkeit und Steuergerechtigkeit sind in der politischen Debatte angekommen. An der Haltung dazu wird deutlich, wessen Interessen die verschiedenen Verbände und Parteien vertreten. Wir wollen sie vor allem an ihren Taten messen.

ver.di kämpft für höhere Löhne, Steuergerechtigkeit und einen leistungsfähigen Sozialstaat. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Sozialverbänden und Organisationen und im Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ machen wir Druck für eine bessere Politik.

Reichtum in Deutschland

Deutschland ist so reich wie nie zuvor. Das gesamte Vermögen der privaten Haushalte – Geld-, Sach- und Immobilienvermögen abzüglich Verbindlichkeiten – beläuft sich auf über neun Billionen Euro. Statistisch besitzt jeder Bürger, jede Bürgerin über 100.000 Euro.

In der Praxis sieht das jedoch anders aus. Das Vermögen liegt in wenigen Händen. Das reichste Promille – etwa 70.000 Personen – besitzt davon 23 Prozent oder 2.000 Milliarden Euro. Das reichste Prozent sitzt auf 3.200 Milliarden Euro. Dies entspricht rund 36 Prozent des Gesamtvermögens. Das reichste Zehntel verfügt über mehr als zwei Drittel des Vermögens. Die Hälfte der Bevölkerung hat hingegen fast gar nichts.

Die Deutschen sind so reich wie nie zuvor. Statistisch hat jeder Bürger, jede Bürgerin ein Vermögen von über 100.000 Euro.

Die Superreichen, also die Albrechts, Quandts und Ottos dieser Republik haben die Krise längst hinter sich. Ihre Tresore platzen aus allen Schweißnähten. Die 100 reichsten Deutschen besitzen insgesamt über 300 Milliarden Euro. Zwischen Garmisch-Partenkirchen und Sylt leben über 800.000 Milliardäre. Die Superreichen haben große Aktienpakete, Immobilien oder Grund und Boden.

Die Managergehälter haben sich von der Lohn- und Gehaltsstruktur der Unternehmen völlig entkoppelt. 2012 bekamen die Vorstandsvorsitzenden der Börsenschwergewichte im Schnitt 5,3 Millionen Euro ausbezahlt. Spitzenverdiener war der VW-Vorstandsvorsitzende Winterkorn mit 14,6 Millionen Euro, gefolgt vom Daimler-Chef Zetsche mit 8,7 Millionen Euro Jahresgehalt.

Darüber hinaus explodierten die Gehälter der Investmentbanker, Börsenmakler und Fondsmanager. Sie profitierten vom Boom der Kapitalmärkte. Ein Anreizsystem aus Boni und Provisionen schuf die Grundlage für Gehaltsexzesse. Im Mittelpunkt standen nicht die Bedürfnisse der Kunden, sondern allein Umsatz und Gewinn.

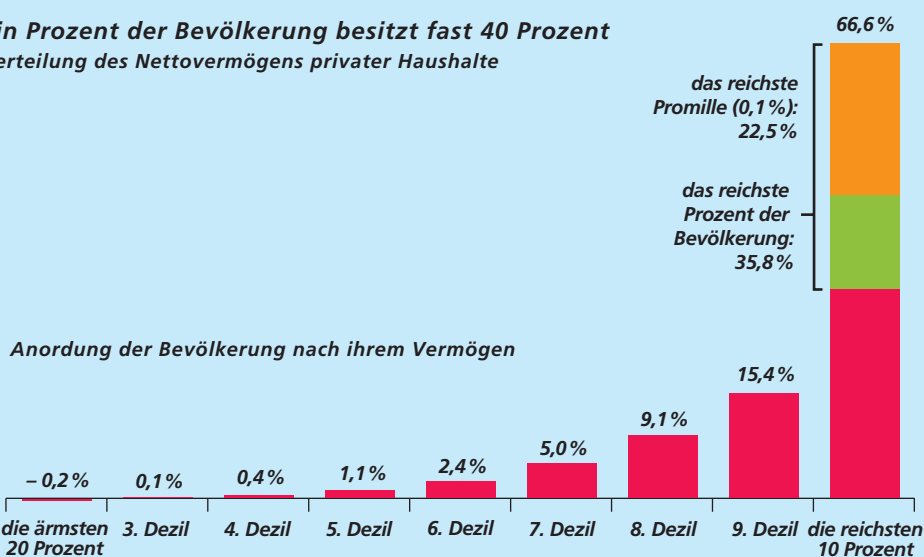
Reichtum ohne Leistung

Woher kommt der Reichtum? Wer reich ist, hat angeblich hart gearbeitet. Hohe Einkommen und Vermögen gelten hierzulande als Ausdruck und Ergebnis hoher Leistungsfähigkeit. Je höher das Einkommen, desto höher die Leistung. Diese Ideologie vernebelt bis heute die Köpfe.

Die Realität ist eine Andere. Einkommensunterschiede lassen sich häufig nicht mit unterschiedlichen Qualifikationen, Arbeitszeiten und Verantwortung erklären. Entscheidend sind vielmehr Eigentum, wirtschaftliche Macht, soziale Herkunft und Geschlecht. Wer hart arbeitet, bleibt hierzulande immer häufiger arm. Altenpfleger, Busfahrer und Fachverkäuferinnen malochen über 50 Stunden die Woche und haben am Monatsende weniger als 1.500 Euro auf dem Konto. Für den Tagesverdienst von VW-Chef Winterkorn – 40.000 Euro – müsste eine Altenpflegerin mehr als zwei Jahre arbeiten. Und für das Jahresgehalt des Deutschbankers Jain arbeitet eine Erzieherin 200 Jahre.

Extreme Einkommensunterschiede sind auf Eigentum und wirtschaftliche Macht, soziale Herkunft und Geschlecht zurückzuführen, nicht auf unterschiedliche Leistung.

Ein Prozent der Bevölkerung besitzt fast 40 Prozent Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte



Vermögen ist sehr ungleich verteilt. In Deutschland besitzt das reichste Promille der Bevölkerung fast ein Viertel des gesamten Vermögens. Die oberen zehn Prozent besitzen zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung dagegen hat praktisch kein Vermögen.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2011

Die Quellen des Reichtums

Reichtum basiert auf gesellschaftlicher Arbeit. Der Gewinn eines Unternehmens entsteht nicht durch die persönliche Leistung des Managements oder der Eigentümer, sondern durch die Arbeit der gesamten Belegschaft. Für die Topgehälter der Unternehmenslenker gibt es keine ökonomische Rechtfertigung. Die Eigentümerfamilien Quandt und Porsche werden über Nacht reicher, ohne auch nur einen Finger gerührt zu haben. Dividenden und steigende Aktienkurse machen es möglich.

Reichtum ist immer auch Ergebnis von Ausbeutung. Die Gebrüder Albrecht, Anton Schlecker oder der Gründer des Textildiscounters Kik verdanken ihren wirtschaftlichen Erfolg auch dem Lohndumping. Der Gewinn speist sich aus der Erwerbsarmut der Beschäftigten im In- und Ausland.

Reichtum entsteht aber auch durch Umstände, die die selbst ernannten Leistungsträger nicht zu verantworten haben. Zins- und Mieteinnahmen oder steigende Immobilienpreise mehren das Vermögen ohne dass die Eigentümer dafür arbeiten müssen. Die Profiteure explodierender Mieten und Häuserpreise verdanken ihre Gewinne lediglich ihrem Eigentum sowie einer verfehlten Stadtentwicklung und Wohnungspolitik.

Ein weiteres Beispiel sind die Renditen auf den Finanzmärkten. Die Gewinne eines Investmentfonds oder einer Vermögensverwaltung sind der Marktentwicklung geschuldet – von der Sinnhaftigkeit von Devisen-, Rohstoff- und Zinswetten ganz zu schweigen.

Das extremste Beispiel leistungsloser Einkommen sind große Erbschaften. Jedes Jahr werden rund 260 Milliarden Euro vererbt. Der Vermögenstransfer von Alt zu Jung erfolgt häufig nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Dies gilt besonders für die Superreichen. Von den 10 reichsten Deutschen haben sechs geerbt. So wird das Leistungsprinzip außer Kraft gesetzt.

! Wer reich ist, hat häufig Glück gehabt. Sei es durch die Gnade der Geburt, sei es durch Zufall.

Wer reich ist, hat häufig andere für sich arbeiten lassen oder Glück gehabt. Sei es durch die Gnade der Geburt, sei es durch den Zufall zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein. Es ist Aufgabe der Politik diese ungerechten Verteilungsverhältnisse zu korrigieren. Deswegen muss die Entstehung und Verteilung der Einkommen stärker reguliert werden. Dafür muss die Verhandlungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden. Mieten müssen staatlich kontrolliert werden. Und hohe Einkommen und Vermögen müssen durch höhere Steuern für das Gemeinwohl nutzbar gemacht werden.



Armut in Deutschland

„Armut nimmt zu“, „So viele Arme wie nie“, „Zahl der Armen in Deutschland wächst rasant“ – solche und ähnliche Schlagzeilen waren in letzter Zeit immer wieder zu lesen.

Mehr Reichtum – mehr Armut

Der Anteil Armer – auch „Armutsrisikoquote“ genannt – ist in Deutschland nach Angaben der EU von 12,5 Prozent im Jahr 2006 auf 15,8 Prozent im Jahr 2011 angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt real, Preissteigerung also abgezogen, um über sechs Prozent gestiegen. Der Zuwachs ist nicht zum Abbau relativer Armut genutzt worden. Im Gegenteil.

Wer ist arm?

Absolute Armut gibt es in Entwicklungsländern: Nach einer Definition der Vereinten Nationen gilt als arm, wer weniger als einen US-Dollar am Tag zum (Über-)Leben hat.

In entwickelten Industriestaaten wie der Bundesrepublik ist hingegen die relative Armut entscheidend. Als einkommensarm bzw. „armutsgefährdet“ gelten hier Menschen, die weniger als 60 Prozent des nach Haushaltszusammensetzung gewichteten mittleren Nettoeinkommens der Bevölkerung haben.

Derzeit macht dies nach den Angaben des Mikrozensus einen Betrag von rund 850 Euro für einen Single und knapp 1.800 Euro für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren aus. Danach sind in Deutschland rund 12,4 Millionen Menschen einkommensarm.

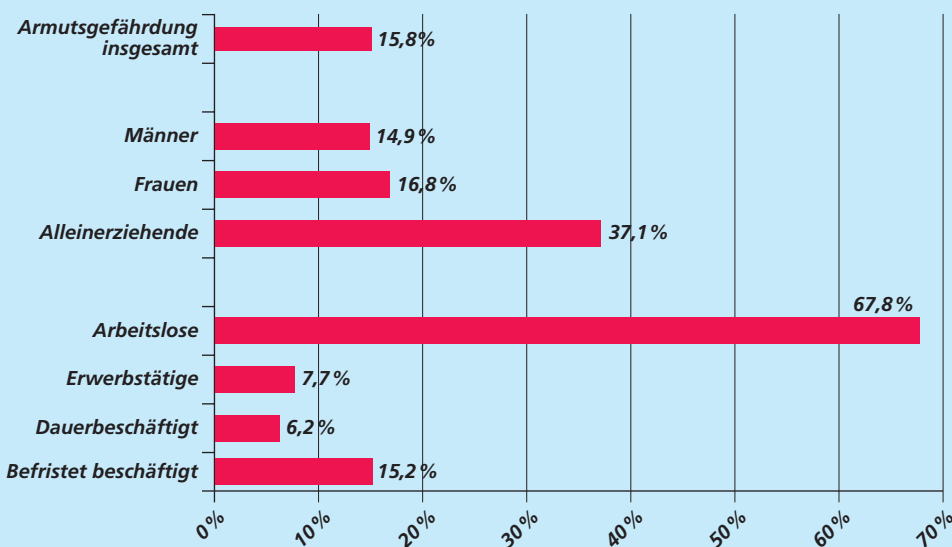
Von Armut sind Alleinerziehende, Erwerbslose und Kinder besonders betroffen. Der Anteil armer Kinder liegt je nach Statistik mit rund 17 bis 20 Prozent noch einmal deutlich über dem Anteil aller Armen an der Bevölkerung. Damit leben in Deutschland bis zu drei

Millionen Kinder, also fast jedes sechste Kind, in Armut. Arme Kinder ernähren sich zum Beispiel ungesünder und haben oft nicht einmal einen Platz um vernünftig ihre Hausaufgaben zu machen.

Kinderarmut ist mehr als nur wenig Geld zu haben. Armut ist erblich, mahnt das Deutsche Kinderhilfswerk.

Armutsrisiko für Arbeitslose extrem hoch

Armutsgefährdungsquoten verschiedener Bevölkerungsgruppen 2011



15,1 Prozent aller Menschen in Deutschland gelten als arm. D. h. sie müssen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen. Einzelne Bevölkerungsgruppen sind besonders betroffen. Bei Alleinerziehenden sind es 37,1 Prozent, bei Arbeitslosen sogar knapp 68 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Leben in Europa (EU-SILC)

Auch Frauen sind besonders oft arm. Sie verdienen im Durchschnitt ein Fünftel weniger als ihre männlichen Kollegen. Zudem arbeiten sie mehrheitlich in Teilzeit und ihre Erwerbsbiografie weist häufig Unterbrechungen wegen Erziehungszeiten auf.

Besonders betroffen sind auch Menschen mit Migrationshintergrund. Ihr Armutsrisiko ist mehr als doppelt so hoch wie das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Immer größerer Niedriglohnsektor

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Armut in Deutschland ist die Ausweitung des Niedriglohnsektors. 2010 arbeiteten 23,1 Prozent aller Beschäftigten – fast acht Millionen Menschen – für einen Niedriglohn von unter 9,15 Euro brutto die Stunde. Rund 4,1 Millionen Beschäftigte (12 Prozent) verdienen sogar weniger als sieben Euro, 1,4 Millionen nicht einmal fünf Euro. Zwischen 1995 und 2010 ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor um mehr als 2,3 Millionen gestiegen. Ihr durchschnittlicher Stundenlohn lag 2010 im Osten bei 6,52 Euro und im Westen bei 6,68 Euro brutto. Eine deutliche Spaltung der Einkommen ist die Folge: Während diejenigen mit hohen Einkommen deutlich zulegen konnten, verschlechterte sich die Einkommenssituation der gesamten unteren Hälfte der Beschäftigten deutlich.

Altersarmut droht dramatisch zu steigen

Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist eine zunehmende Altersarmut. Ursachen sind der drastische Abbau des Rentenniveaus seit dem Jahr 2001, die Langzeitarbeitslosigkeit und die starke Ausweitung des Niedriglohnsektors. Laut Arbeitsministerin von der Leyen müssen alle, die weniger als 2.500 Euro brutto verdienen und keine private Vorsorge betreiben, zukünftig selbst nach 35 Beschäftigungsjahren „mit dem Tag des Renteneintritts den Gang zum Sozialamt antreten.“ Für immer mehr Menschen wird aber ein dauerhaftes durchschnittliches Einkommen oberhalb von 2.500 Euro zur reinen Utopie. Erst recht eine private Vorsorge!

Arme sterben früher

Untersuchungen zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit haben immer wieder gezeigt, dass viele Erkrankungen, gesundheitliche Risiken und Beschwerden vermehrt bei armen Menschen vorkommen. Aber nicht nur das: Sie sterben auch früher. Zahlen des Robert-Koch-Instituts zeigen, dass die mittlere Lebenserwartung armer Frauen um rund acht Jahre unter der von Frauen aus hohen Einkommensgruppen liegt. Bei Männern beträgt die Differenz sogar 11 Jahre.

Arme Menschen haben nicht nur einen niedrigeren Lebensstandard – sie sind auch häufiger krank und sterben deutlich früher.

Armut ist nicht nur für die Betroffenen schlimm. Auch für die Gesellschaft hat Armut negative Folgen. Seit Langem ist ein klarer Zusammenhang zwischen Höhe und Ausmaß an Armut einerseits und Kriminalität und Gewalt andererseits belegt. So warnte der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes davor, dass steigende soziale Ungleichheit Jugendkriminalität fördert und massiv zur Radikalisierung von Jugendlichen beiträgt. Soziologen weisen zudem darauf hin, dass mit zunehmender sozialer

Ungleichheit auch „Versagenserlebnisse“ und Demütigungen zunehmen, die die Saat für Gewalt darstellen.

Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender Gewalt und Kriminalität.

Mehr Gleichheit für ein gutes Leben

Eine international hoch beachtete Studie mit dem Titel „Gleichheit ist Glück“ hat den gesellschaftlichen Nutzen von mehr Gleichheit untermauert. Die Autoren Richard Wilkinson und Kate Pickett weisen auf die hohen Kosten von ungleichen Lebensverhältnissen hin: Je ungleicher die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, desto mehr psychische Erkrankungen, gesundheitliche Mängel und Gewalt und Drogenkonsum gibt es. Auch die Lebenserwartung ist deutlich niedriger.

Laut einer aktuellen OECD-Studie wächst die Kinder- und Jugendarmut in Deutschland so stark wie in keinem anderen vergleichbaren Industrieland.

„Ich habe fünf Geschwister – drei Brüder und zwei Schwestern. Die Älteste ist schon 17, die Jüngste erst vier Jahre alt. Wir wohnen alle in einer Wohnung in Neuperlach. Weil wir nicht so viel Geld haben, gibt es in unserer Wohnung fast keine Möbel. Eigentlich nur Tisch, Stühle und Betten. Ich teile mir mein Zimmer mit meinem Zwilling Bruder. Wir schlafen gemeinsam in einem Bett. (...) Dass wir nicht so viel Geld haben, ist schon oft schlimm. Mein Vater arbeitet in einer Fabrik. (...) Aber das Geld, das er verdient, reicht nicht für uns alle. Beim Wandertag in der Schule hätte ich beinahe nicht mitmachen können.“

Nikos (12) aus München, www.sueddeutsche.de, vom 17. Mai 2010

Öffentliche Armut durch private Reichtumspflege

Öffentliche Armut ist allgegenwärtig und unübersehbar. Fehlende Lehrer und Erzieherinnen, geschlossene öffentliche Bibliotheken und Jugendclubs, marode Schulen und Universitäten, schlaglochübersäte Straßen, einsturzgefährdete Brücken... Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wachsende öffentliche Armut und hochkonzentrierter privater Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille.

Dennoch wird immer wieder behauptet, der Staat habe genügend Einnahmen. Er müsse nur besser mit dem Geld umgehen. Schließlich „sprudelten“ die Steuereinnahmen“ wie nie. Richtig ist,

dass die Steuereinnahmen nach dem Einbruch infolge der Wirtschaftskrise 2008 zuletzt wieder deutlich gestiegen sind. Gestiegen ist aber auch der produzierte Reichtum. Die Steuerquote, der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt, liegt heute unter den Werten der 1970er-Jahre. Sie liegt ebenfalls unter dem Niveau vergleichbarer Länder.

Kürzen, streichen, abbauen

Der Staat fährt seit Langem einen Schrumpfkurs. Diese Politik hat tiefe Spuren hinterlassen. Etwa bei der öffentlichen Beschäftigung. Sie beträgt nicht einmal mehr

15 Prozent der Gesamtbeschäftigung. Sogar in den USA sind im Verhältnis mehr Menschen beim Staat angestellt. Kein Wunder: In Deutschland fielen seit 1991 insgesamt 2,1 Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst weg. Privatisierung hieß das Zauberwort. Doch zwischenzeitlich wissen wir, dass es für die Bürgerinnen und Bürger vielfach teurer und schlechter wurde. Und der Staat am Ende sogar noch draufzahlen musste – etwa wenn er die abgesenkten Löhne der Beschäftigten der privaten Müllabfuhr aufstocken muss.

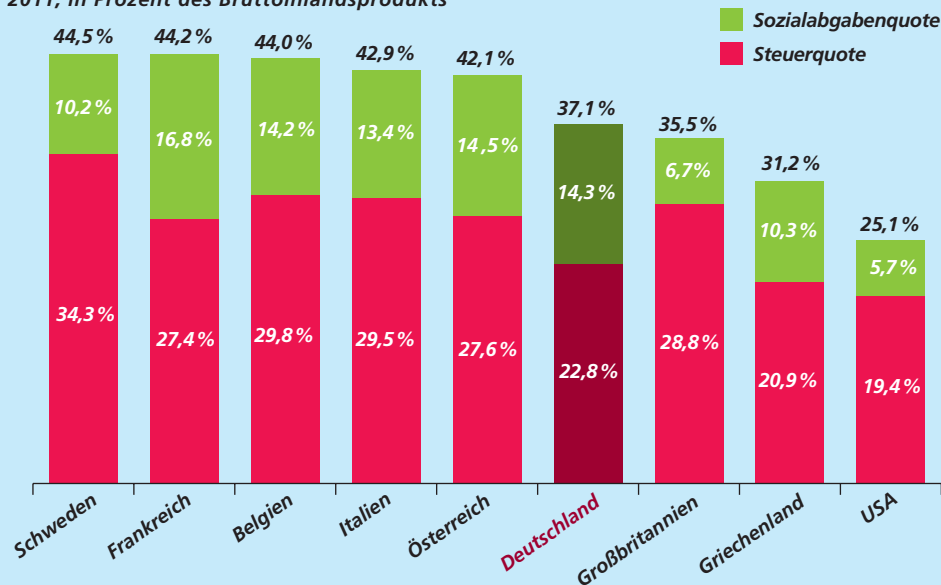
Bund, Länder und Kommunen investieren auch weniger in die Zukunft. 1970 wurden für öffentliche Investitionen noch knapp fünf Prozent der Wirtschaftsleistung aufgewendet. 2012 waren es nur noch 1,5 Prozent. Bei der Bildung ist Deutschland im internationalen Vergleich weiter abgerutscht. 2009 hat der Staat für Bildung gerade einmal 5,1 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ausgegeben. Im Schnitt geben die Industrieländer 5,8 Prozent aus.

Der deutsche Staat leistet zu wenig, um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern.

Vorbild skandinavische Länder

Die skandinavischen Länder zeigen, dass es auch besser geht. Hier liegen die Steuern und Abgaben deutlich höher als in Deutschland. Dies ist aber gesellschaftlich akzeptiert, weil so ein gut ausgebauter und leistungsfähiger öffentlicher Sektor finanziert werden kann. Kein Wunder, dass diese Länder bei internationalen Vergleichen – etwa beim Bildungssystem – immer wieder hervorragend abschneiden.

Steuer- und Abgabenquoten im Vergleich
2011, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Die Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuerbelastung von Vermögen und Gewinnen ist besonders niedrig. Hätte Deutschland die Steuer- und Abgabenquoten von Schweden oder Frankreich würde der Staat fast 200 Milliarden Euro mehr einnehmen.

Quelle: OCED, Revenue Statistics 2012

Dafür braucht es aber genügend gut ausgebildete und bezahlte Lehrerinnen und Pädagogen. Um das durchschnittliche Niveau der skandinavischen Länder zu erreichen, müssten hierzulande rund sieben Millionen Beschäftigte mehr in den öffentlichen Bereichen für Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Gesundheit und Pflege tätig sein.

Steigende Verschuldung

Selbst die offensichtlich ungenügenden Ausgaben konnte der deutsche Staat nicht aus laufenden Einnahmen finanzieren. Bund, Länder und Gemeinden mussten sich Jahr für Jahr verschulden. Ende 2012 sind die Schulden aller öffentlichen Haushalte auf über 2.150 Milliarden Euro gestiegen. Wissenschaftliche Studien bescheinigen daher dem deutschen Staat, dass er „strukturell unterfinanziert“ ist.

Unzureichende Ausgaben bei gestiegenen Schulden zeigen: Der Staat hat ein massives Einnahmeproblem.

Besonders dramatisch ist die Situation in den Kommunen. Hier stauen sich notwendige Investitionen schon seit Jahrzehnten – bei Kanalisationen, Schulen, Sportstätten, öffentlichen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Feuerwehren, Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäuden. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hatte bereits 2008 für die Jahre 2006 bis

2020 einen kommunalen Investitionsbedarf von insgesamt 704 Milliarden Euro ermittelt. Gemessen daran investieren die Kommunen deutlich zu wenig. Es droht der weitere Zerfall der Infrastruktur.

Öffentliche Armut – privater Riesenreichtum

Statt den wachsenden Reichtum zur Finanzierung notwendiger gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu nutzen, hat der Staat geradezu das Gegenteil getan: Mit immer neuen Steuergeschenken hat er seine Einnahmen massiv geschwächt und gleichzeitig den privaten Reichtum gefördert.

Die Steuerausfälle durch die Steuersenkungen, die seit 1998 von der rot-grünen, der großen und dann der schwarz-gelben Koalition durchgesetzt wurden, summieren sich im Zeitraum 2000 bis 2012 auf rund 450 Milliarden Euro. Entlastet wurden dabei ganz besonders die Reichen. Dies hat dazu beigetragen, dass die privaten Nettogeldvermögen, also alle Geldvermögen abzüglich aller Schulden, auf über drei Billionen Euro gestiegen sind.

Öffentliche Armut beseitigen – in die Zukunft investieren

Die öffentliche Armut in Deutschland ist hausgemacht. Eine Folge der Ideologie den Staat zugunsten des freien Marktes und der privaten Gewinninteressen zurückzudrängen. Deshalb ist eine Wende in der Steuerpolitik notwendig, die vor allem hohe Einkommen, große Vermögen und riesige Erbschaften gerecht an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt.

Ein gerecht finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm würde helfen, die Armut des Staates zu beseitigen und unserer Gesellschaft eine gute Zukunft zu sichern.

Auf diese Weise kann dauerhaft eine weitere Verschuldung des Staates vermieden werden. Gleichzeitig können notwendige Ausgaben für Bildung, Infrastruktur, Umwelt und öffentliche Daseinsvorsorge finanziert und Millionen gute und sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden.



Alles eine Frage der Verteilung

Die große Ungleichheit ist zurückgekehrt. In keinem Industrieland stieg die Ungleichheit so stark wie in Deutschland.

Die Verteilung des Volkseinkommens auf Arbeit und Kapital erreichte eine historische Schiefelage. Die preisbereinigten Löhne kamen seit 2000 nicht vom Fleck. Gleichzeitig explodierten die realen Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die Lohnquote – Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen – lag vor der großen Krise (2007) mit 65 Prozent auf einem Tiefstand. Die Gewinnquote – der Anteil der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit und Kapitalvermögen am Volkseinkommen – kletterte in schwindelnde Höhen.

In keinem Industrieland stieg die Ungleichheit so stark wie in Deutschland.

Die Ungleichheit stieg auch unter den abhängig Beschäftigten. Die Bruttolöhne der ärmsten 30 Prozent sanken im letzten Jahrzehnt um rund ein Fünftel. Gleichzeitig kletterten die Spitzeneinkommen der Manager, Bankvorstände und Unternehmensberater. Die Vorstandbezüge der Top-Manager verdoppelten sich seit der Jahrtausendwende. Heute bekommt der Vorstand eines Dax-30-Unternehmens das 54-fache eines durchschnittlichen Angestellten. Vor 25 Jahren war es noch das 14-fache.

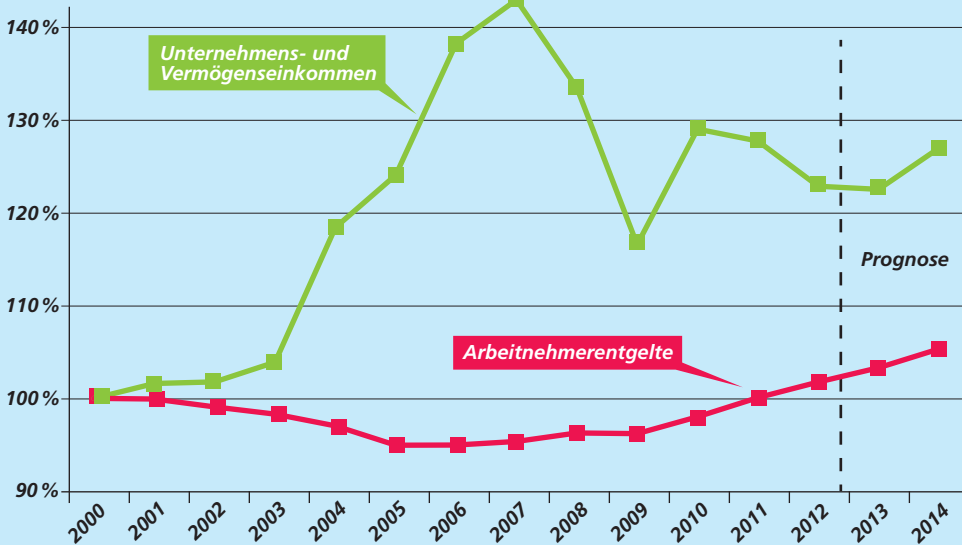
Dass der Kapitalismus aus sich selbst heraus Ungleichheit produziert, ist nicht neu. Neu ist aber, dass der Sozialstaat die soziale Blindheit der Märkte immer weniger korrigiert. So sind die Nettolöhne der ärmsten 30 Prozent aller Beschäftigten im letzten Jahrzehnt um rund 16 Prozent gesunken. Das reichste Zehntel erzielte 2010 nach Steuern 16-mal so viel wie die ärmsten 10 Prozent. Zehn Jahre früher war es „nur“ das 13-fache.

Die Ungleichheit nahm auch bei den Haushaltseinkommen zu. Die Einkommensränder wuchsen und die Mittelschicht schrumpfte.

Besonders ausgeprägt ist die Ungleichheit in der Vermögensverteilung. Hier reproduziert sich Ungleichheit über Generationen hinweg.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird gesellschaftlich leichter akzeptiert, wenn sozialer Aufstieg möglich ist. Dann sind Billigjobs oft lediglich eine Durchgangsstation, vielleicht sogar ein Sprungbrett nach oben. Die Chancen einen gut bezahlten Job zu bekommen, haben sich jedoch verschlechtert. Nur jeder/achte Vollzeit arbeitende Geringverdiener/-in schafft innerhalb von sechs Jahren den Aufstieg in ein existenzsicherndes Beschäftigungsverhältnis. Noch schlechter sind die Aufstiegschancen für Leiharbeiter/-innen. Nur jede/siebte Leiharbeiter/-in landet später einmal in einem regulären Beschäftigungsverhältnis. Im Niedriglohngefängnis sitzen zu 70 Prozent Frauen.

Löhne und Profite in Deutschland
preisbereinigte Entwicklung 2000–2014



Die Gewinne stiegen zeitweise um real über 40 Prozent, während die Löhne lange Zeit gesunken sind. Erst 2011 erreichten sie das Niveau des Jahres 2000. Bis 2014 wird ein realer Anstieg gegenüber 2000 von gerade einmal gut fünf Prozent erwartet, bei den Gewinnen um fast 30 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Prognose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013, eigene Preisbereinigung (Verbraucherpreise)

Zudem wird sozialer Aufstieg heute auch dadurch erschwert, dass der Bildungserfolg mehr und mehr vom Elternhaus abhängt. Im Schnitt hat ein Kind aus der Oberschicht, bei gleicher Intelligenz und gleichem Wissensstand, eine viermal so hohe Chance, das Abitur zu erlangen, wie ein Kind aus einem sozial benachteiligten Elternhaus. Vier von fünf Kindern aus Akademikerfamilien studieren. Aus Familien ohne Hochschulabschluss geht nur jedes Vierte an eine Universität.

Das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr. Leistung lohnt sich nicht mehr.

Kurzum: Das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt für immer mehr Menschen nicht mehr. Für viele lohnt sich Leistung nicht mehr. Und auch ihren Kindern wird es später nicht besser gehen. Wohlstand für alle wird zur Illusion.

Ursachen der Ungleichheit

Die steigende Ungleichheit hat mehrere Ursachen. Zunächst beförderte der wirtschaftliche Strukturwandel eine ungleiche Verteilung der Markteinkommen.

Der deutsche Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist mit prekärer Beschäftigung gepflastert. Durch die starke Zunahme von Teilzeitarbeit, Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung entstand ein gigantischer Niedriglohnsektor. Die prekären Jobs erhöhten den Lohndruck auch auf die tariflich geschützten Bereiche. Darüber hinaus verschärfte die globale Arbeitsteilung die unternehmensinterne Standortkonkurrenz. Die Belegschaften wurden erpressbarer.

Hinzu kommt ein erhöhter Renditedruck durch entfesselte Finanzmärkte. Das alles entfaltete seine Wirkung vor dem Hintergrund der seit Anfang der 70er-Jahre gestiegenen Massenarbeitslosigkeit. So wurden die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des Kapitals verschoben.

Ökonomischer Strukturwandel, neoliberale Politik und ein selektives Bildungssystem sind die Ursachen der wachsenden Ungleichheit.

Der ökonomische Strukturwandel hat die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit massiv geschwächt. Längst kommen die ausgehandelten Löhne nicht mehr bei allen Beschäftigten an. Die Tarifbindung geht zurück.

Neben den ökonomischen Ursachen gibt es handfeste politische Gründe für die zunehmende Ungleichheit. Der Um- und Abbau des Sozialstaates hat die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften empfindlich geschwächt. Die Politik hätte die steigende Ungleichheit über Steuern, Transfers und öffentliche Güter korrigieren können. Im letzten Jahrzehnt sind jedoch die Steuern auf Spitzeneinkommen, Unternehmensgewinne und Kapitalerträge gesenkt, Sozialtransfers gekürzt sowie öffentliche Güter privatisiert worden.

Doch damit nicht genug. Das deutsche Bildungssystem ist nicht in der Lage, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserwerb zu entkoppeln. Im Gegenteil: Die Bildungseliten fördern nur ihren eigenen Nachwuchs. Und neben der sozialen Herkunft verstärken geschlechtliche Diskriminierung oder Migrationshintergrund die Ungleichheit.



Politik der Umverteilung

Umverteilung von unten nach oben ist kein Ergebnis von Naturgesetzen. Sie ist vor allem in den letzten Jahren Folge politischer Entscheidungen. Die Regierungen Schröder und Merkel haben Arbeit entwertet, den privaten Reichtum gepflegt und den Sozialstaat löchriger gemacht.

Der Ausbau des Niedriglohnsektors war ein erklärtes Ziel der Regierung Schröder.

Umverteilung auf dem Arbeitsmarkt

Vor einem Jahrzehnt begann die rot-grüne Bundesregierung den Arbeitsmarkt zu „reformieren“. Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe wurden auf einem niedrigeren Niveau (Hartz IV) zusammengelegt, ihr Bezug wurde erschwert und die Zumutbarkeit zur Arbeitsaufnahme verschärft. Zudem reduzierte Rot-

Grün die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, deregulierte die Leiharbeit, verschlechterte den Kündigungsschutz und erleichterte sachgrundlose Befristungen. Minijobs, Ein-Euro-Jobs und Ich-AGs wurden arbeitsmarktpolitisch gefördert. Heute hat Deutschland im EU-Vergleich die mit Abstand höchste Armutsgefährdungsquote unter Arbeitslosen.

Das sogenannte Jobwunder beruht zu einem großen Teil auf der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Die Unternehmen konnten nun ungehindert die Arbeitsverhältnisse entsichern. Jeder dritte Job ist heute ein atypisches Beschäftigungsverhältnis. Von 2000 bis 2012 wurden etwa zwei Millionen reguläre Vollzeitstellen abgebaut. Zwei Millionen Beschäftigte arbeiten

heute in unfreiwilliger Teilzeit. Die Zahl der Leiharbeiter kletterte auf fast eine Million. 7,4 Millionen haben einen Minijob. Die Zahl der sogenannten Aufstocker erreichte 1,4 Millionen. Werkverträge und unbezahlte Praktika werden bei den Unternehmen immer beliebter. Jede zweite Neueinstellung ist heute befristet. Trotz des Anstiegs der Erwerbstätigen arbeiten heute alle Beschäftigten ungefähr so viele Stunden wie zur Jahrtausendwende.

Die neue Schieflage auf dem Arbeitsmarkt drückte die Löhne. Denn die entscherte Arbeit schürte die Angst vor dem Absturz in Hartz IV. Dadurch wurden die Beschäftigten leichter erpressbar und die gewerkschaftliche Verhandlungsposition empfindlich geschwächt. Die massive Tariffucht der Arbeitgeber tat ein Übriges.

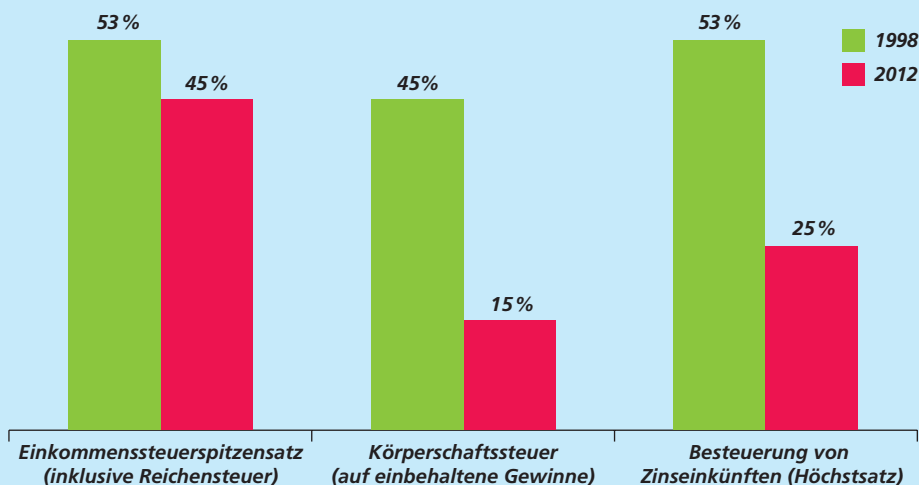
Diese Entwicklung muss durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt umgekehrt werden: gesetzlicher Mindestlohn, Gleichbezahlung und Gleichbehandlung von gleichwertiger Arbeit („Equal Pay“), Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigung, erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen etc.

Umverteilung bei Rente und Krankenversicherung

Die soziale Absicherung der großen Lebensrisiken war eine große Errungenschaft unseres Sozialstaats. Im 21. Jahrhundert verabschiedet sich die Republik schrittweise von diesem sozialen Fortschritt.

Beispiel Rente: Durch die Veränderung der Rentenformel hat die Schröder-Regierung die gesetzliche Rente von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Die so entstehende Versorgungslücke sollte durch den

Steuergeschenke für Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermögensbesitzer



Die Schröder- und Merkel-Regierung senkten die tarifliche Steuerbelastung von Spitzenverdienern, Unternehmen und Vermögensbesitzern deutlich. Diese senken zusätzlich ihre effektive Steuerlast, indem sie ihr zu versteuerndes Einkommen bzw. Gewinne durch Gestaltungsmöglichkeiten kleinrechnen.

Quelle: Bundesfinanzministerium

Aufbau einer privaten kapitalgedeckten Alterssicherung geschlossen werden.

Diese Maßnahmen senkten das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung. Um zukünftig eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erhalten, müssen durchschnittlich verdienende Beschäftigte 35 Jahre lang arbeiten. Die zusätzlich eingeführte Rente mit 67 ist nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung, da in vielen Berufen wegen hoher Belastungen nicht bis 67 gearbeitet werden kann.

Gesetzliche Kürzungen und arbeitsmarktbedingte Abschlüsse drohen das zukünftige Rentenniveau um ein Drittel zu senken.

Die Begrenzung des Beitragsatzes der gesetzlichen Rentenversicherung begünstigt einseitig die Arbeitgeber, die maximal elf Prozent zahlen sollen. Für Beschäftigte steigt die Belastung, weil es für die private Vorsorge keinen Arbeitgeberanteil gibt. Die Milliarden für die Subventionierung der privaten Versicherungswirtschaft durch Riester- und Rürup-Förderungen fehlen der gesetzlichen Rentenversicherung.

In der Krankenversicherung wurden die Versicherten durch Leistungsabbau und private Zahlungen immer höher belastet. Die paritätische Finanzierung wurde abgeschafft. Seit 2005 zahlen Versicherte einen um 0,9 Prozentpunkte höheren Beitragssatz als die Arbeitgeber.

Umverteilung durch Steuerpolitik

Unter den Regierungen Schröder und Merkel wurden Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermö-

gensbesitzer steuerlich entlastet. Die Schröder-Regierung senkte den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent. Im Rahmen der großen Unternehmenssteuerreform 2000 wurde der Körperschaftsteuersatz auf 25 Prozent abgesenkt. Diese Tarife bilden aber nicht die tatsächliche Steuerbelastung ab. Für Unternehmen gibt es zusätzlich einen großen Werkzeugkasten mit legalen Steuertricks. Bereits seit 1997 – da war Helmut Kohl noch Bundeskanzler – wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben.

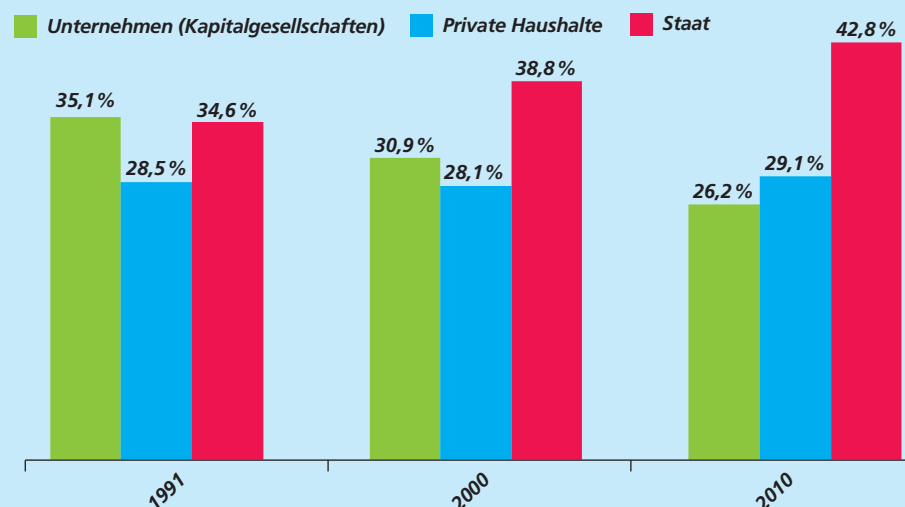
Die große Koalition setzte die steuerpolitische Reichtumspflege fort. Schwarz-Rot besteuerte Kapitalerträge nur noch mit einer 25-prozentigen Abgeltungssteuer. Der Körperschaftsteuersatz wurde weiter auf 15 Prozent gesenkt. Die Erbschaftsteuer wurde zugunsten von Betriebserben reformiert. Die

letzten Steuergeschenke verteilte die schwarz-gelbe Regierung an Hoteliers und reiche Erben.

Allein die rot-grünen Reformen senkten die durchschnittliche Steuerlast der Superreichen – ab 100 Millionen Euro Einkommen – von 48 auf 29 Prozent. Die tatsächliche Steuerbelastung von Unternehmer- und Kapitaleinkommen liegt heute mit 20 Prozent weit unter dem EU-Durchschnitt. Und die Besteuerung von Vermögen ist nur halb so hoch wie im Durchschnitt der Industriestaaten.

Diese Reichtumspflege muss durch eine Steuerpolitik ersetzt werden, die wieder nach Leistungsfähigkeit besteuert. Erst durch eine höhere Besteuerung finanzstarker Unternehmen, großer Einkommen und Vermögen können Kommunen, Länder und Bund wieder Zukunft gestalten.

Fortschreitende Entlastung der Unternehmen Anteile an der Finanzierung der Sozialleistungen



Die Unternehmen finanzieren heute nur noch ein Viertel der Sozialleistungen. Anfang der 90er Jahre lag der Finanzierungsbeitrag der Unternehmen noch bei über einem Drittel. Gleichzeitig stiegen die Finanzierungslasten des Staates und der privaten Haushalte

Quelle: BMAS, Sozialbudget 2011

Neoliberalismus und Globalisierung

Arbeitnehmerrechte und Sozialstaat sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe der Lohnabhängigen, ihrer Gewerkschaften und politischen Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte starkes Wirtschaftswachstum annähernde Vollbeschäftigung. Die Löhne stiegen kräftig und wachsender Konsum sorgte für die Auslastung der steigenden Produktionskapazitäten. Soziale Sicherungssysteme, Arbeitnehmerrechte und öffentliche Daseinsvorsorge wurden ausgebaut. Die Wirtschaftspolitik versuchte mittels öffentlicher Nachfragepolitik Krisen entgegenzuwirken.

Die „soziale Marktwirtschaft“ war eine Art Kompromiss zwischen den Kräften von Kapital und Arbeit.

Niedergang der „sozialen Marktwirtschaft“

Seit den 1970er-Jahren traten wieder zunehmend Wirtschaftskrisen auf und die Massenarbeitslosigkeit kehrte zurück. Schwaches Wachstum verband sich mit gestiegenen Inflationsraten, auch die staatliche Verschuldung begann zu steigen. Die Unternehmen versuchten verstärkt, Löhne und Sozialkosten zu drücken und Steuersenkungen zu erreichen.

Der Neoliberalismus deutete die kapitalistischen Krisenprozesse als Resultate übermäßiger sozialstaatlicher Regulierung und Umverteilung und behauptete die grundsätzliche Überlegenheit von Marktsteuerung und Privateigentum. Die zunehmende Massenarbeitslosigkeit schwächte die Position der abhängig Beschäftigten in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften wurden außerdem durch den

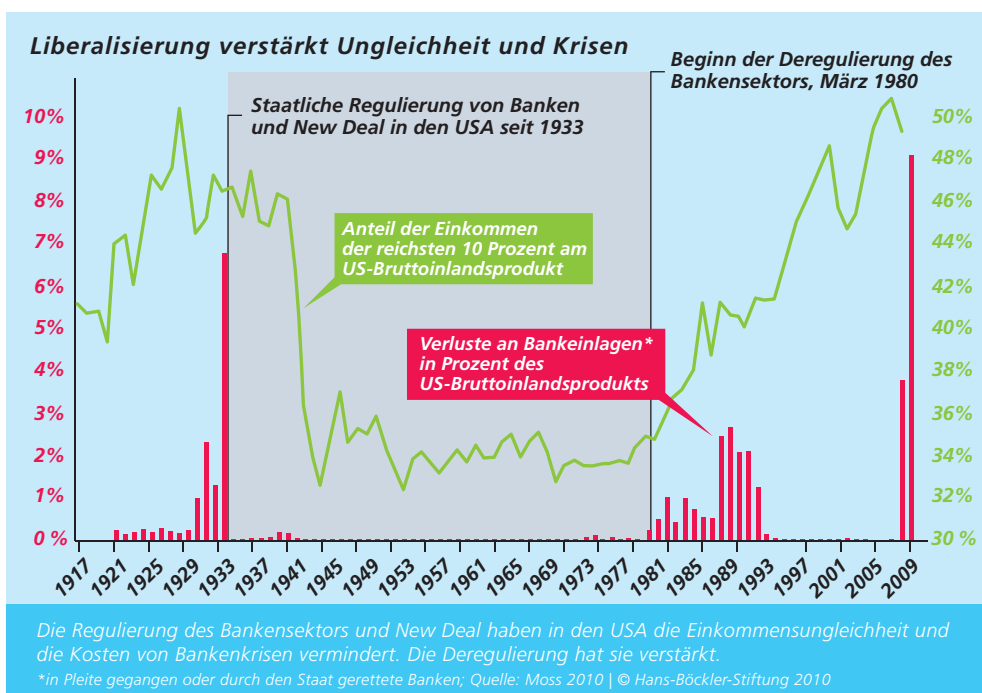
Bedeutungsrückgang traditionell gewerkschaftlich gut organisierter Industriebereiche geschwächt.

Liberalisierung und Internationalisierung

Zunächst in Großbritannien unter Margaret Thatcher und den USA unter Ronald Reagan bestimmte die „neoliberale Konterrevolution“ zunehmend die Entwicklung in der kapitalistischen Welt. Der staatliche und gewerkschaftliche Einfluss auf die Wirtschaft wurde zurückgedrängt, das Kapital schrittweise aus dem „Gefängnis“ sozialer Regulierungen befreit.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass der Neoliberalismus eine reine Rechtfertigungsideologie der Großunternehmen und Superreichen ist. Gefordert werden mehr Markt, mehr Wettbewerb und weniger Staat. Im realen Leben missbrauchen große Unternehmen ihre Marktmacht, indem sie den Wettbewerb einschränken, sie kassieren Subventionen und nutzen Steuerprivilegien. Es geht also gar nicht um mehr oder weniger Staat. Entscheidend ist allein in wessen Interesse der Staat handelt.

Die Staaten internationalisierten durch den Abbau von Zollschranken und in Europa durch den gemeinsamen Binnenmarkt die Wirtschaft. Sie liberalisierten den internationalen Kapitalverkehr und deregulierten die Finanzmärkte. Das ermöglichte die Aufblähung des Finanzsektors und neue spekulative Vermögensanlagen. Internationale Finanzanleger bestimmen zunehmend die Bedingungen für Investitionen.



Liberalisierung, Privatisierung und Umverteilung von oben nach unten sind die Kernpunkte des Neoliberalismus.

Die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichte und forderte eine fortschreitende Beschleunigung des Handels und immer größere Flexibilität der Produktionsprozesse und der Beschäftigten. Der Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion beseitigten weitere Hemmnisse und schienen den endgültigen Sieg der „freien Marktwirtschaft“ einzuläuten.

Das Kapital nutzte die zunehmende Konkurrenz der Staaten und Regionen als Wirtschaftsstandorte bzw. Anlageorte für Druck auf die Wirtschaftspolitik und die Gewerkschaften. Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Lohnkosten, Steuern und Sozialausgaben sowie Abbau sozialer und arbeitsrechtlicher Regulierungen wurde zum Leitmotiv „angebotsorientierter“ Wirtschaftspolitik.

Privatisierung und Umverteilung von unten nach oben

Öffentliches Eigentum und Infrastrukturen wie Post und Telekommunikation, Verkehrsunternehmen, Elektrizitätsversorgung, Wohnungsunternehmen, Banken, Industrieunternehmen wurden in großem Umfang privatisiert. Also als profitable Anlagefelder für privates Kapital erschlossen und der Konkurrenz ausgesetzt, anstatt sie sozialstaatlich zu entwickeln. Auch Gesundheitswesen, Alterssicherung, Hochschulen und Bildungseinrichtungen werden zunehmend Privatisierungsdruck unterworfen.

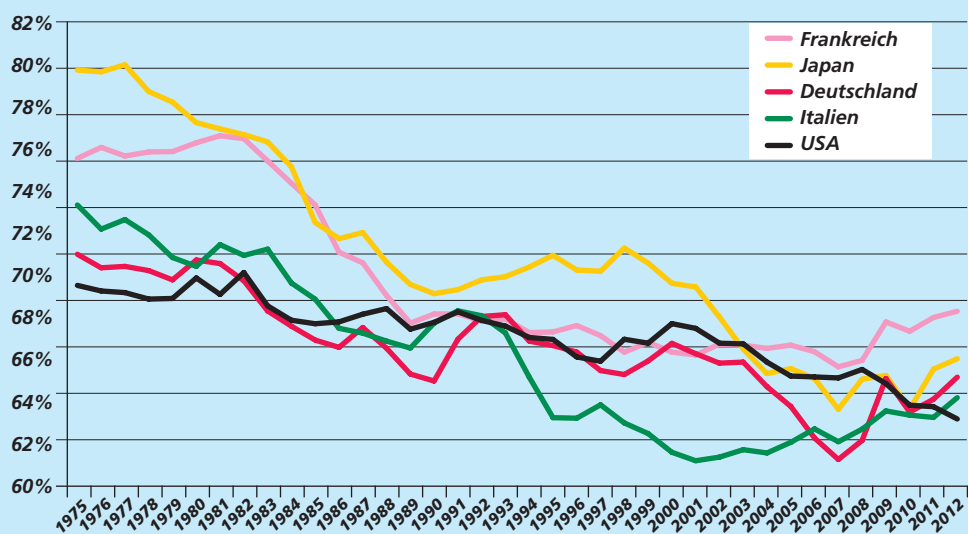
Gleichzeitig forcieren Konzerne, Kapitalanleger und neoliberale politische Kräfte einen internationalen Steuersenkungswettbewerb zugunsten der Unternehmen und Vermögenden. Die Steuer- und Abgabenbelastungen der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung dagegen stieg, ohne dass sich die öffentlichen Leistungen verbesserten. Dies bot Anknüpfungspunkte für weitere Propaganda gegen den Sozialstaat und für „mehr netto“.

Im Ergebnis sind in allen kapitalistischen Ländern seit den 1980er-Jahren die Lohnquoten, der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen, deutlich gefallen. Sozialleistungen für Erwerbslose und Arme wurden abgebaut. Der Anteil der Reichen an allen Einkommen und noch stärker an den Vermögen ist stark gestiegen.

Resultat des Neoliberalismus: weltweite Umverteilung der Einkommen und Vermögen zugunsten der Unternehmen und der Reichen.

Der tiefe Kriseneinbruch 2008 und 2009 hat nur zu einer vorübergehenden Schwächung des Neoliberalismus geführt. Es gab eine Kurskorrektur hin zu einer wieder stärkeren Betonung staatlicher Eingriffe und Regulierung. Allerdings im Dienste einer Sicherung der Profite und der Fortsetzung des Umverteilungs- und Privatisierungskurses unter veränderten Bedingungen.

Rückgang der Lohnquoten



Weltweit ist der Anteil der Löhne an der produzierten Wertschöpfung seit Ende der 1970er-Jahre gesunken. Der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen ist gestiegen. Im letzten Jahrzehnt war die Umverteilung in Deutschland besonders krass, ebenso wie in Japan, das sich seit über 10 Jahren in einer Krise befindet.

Quelle: Europäische Kommission, Ameco-Datenbank

Ungleichheit produziert Krisen

„Alles richtig gemacht!“ Das erklärt Angela Merkel auch noch nach der großen Krise, die seit 2008 Europa in Atem hält. Eine Mitschuld Deutschlands an der Krise gebe es nicht. Verantwortlich seien allein die südlichen Länder, die schlecht gewirtschaftet und sich zu hoch verschuldet hätten. Nun bekämen sie eben die Quittung dafür.

Auch wenn Kanzlerin Merkel es nicht wahr haben will: Deutschland hat erheblich zur Eurokrise beigetragen.

Kleine Geschichte der Eurokrise

Vor der Einführung des Euro konnte ein Land nicht folgenlos dauerhaft mehr exportieren als importieren. Eine Aufwertung – also Verteuerung – seiner Währung

wäre das Resultat gewesen. Denn um die Importe bezahlen zu können, wäre die Währung des Exportlandes vermehrt nachgefragt worden. Das hätte den Kurs nach oben getrieben. Die Exportgüter wären für das Ausland immer teurer geworden. Übermäßigen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen wurde so entgegengewirkt.

Mit der Euroeinführung ist dieser Korrekturmechanismus weggefallen. Damit die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Euroländer nicht auseinanderdrifft, hätte eine Auseinanderentwicklung von Preisen und Löhnen vermieden werden müssen.

Bis zur Krise hatte Deutschland die schlechteste Lohnentwicklung im Euroland. Im Zeitraum 2000

bis 2009 sind die Reallöhne – also die Löhne nach Abzug der Inflation – in den übrigen Euroländern um durchschnittlich rund 14 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum fielen sie in Deutschland um knapp drei Prozent.

Exportrekorde und Binnenmarktschwäche

Dieses Lohndumping hat die Exportentwicklung Deutschlands beflügelt. Gleichzeitig wurde die Binnennachfrage massiv beschnitten. Entsprechend blieb auch die Importnachfrage schwach. Schwache Importnachfrage und steigende Exporte haben die Überschüsse Deutschlands auf immer neue Rekordhöhen getrieben. Auf der anderen Seite importierte Südeuropa mehr als es exportierte.

Die Verschuldung der südlichen Euroländer ist die Kehrseite des deutschen Exportmodells.

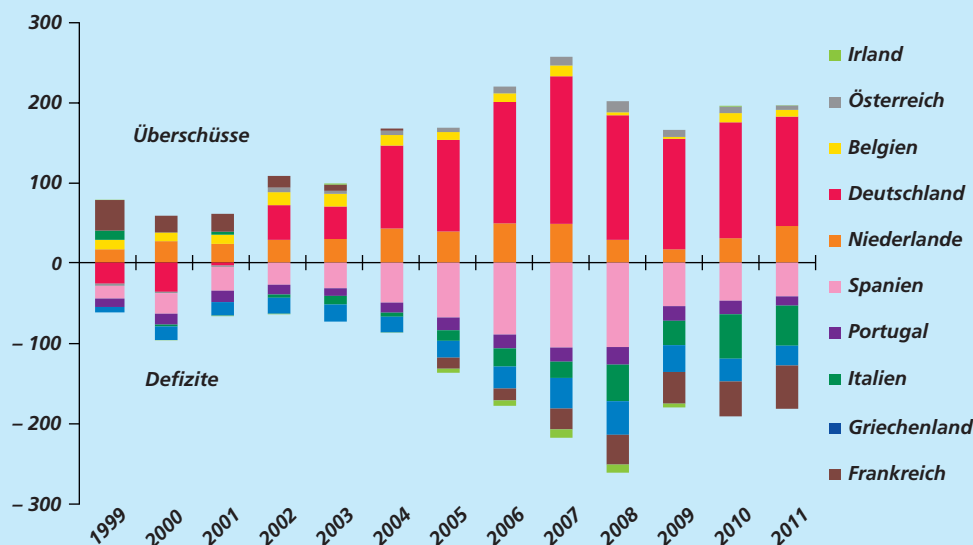
Südeuropa versinkt im Schuldenmeer

Um ihre Handelsdefizite zu finanzieren, mussten sich die Defizitländer verschulden. Die Kredite kamen aus den Überschussländern. Der deutsche Kapitalexport finanzierte damit die Ausgaben der griechischen, spanischen, portugiesischen und italienischen Konsumenten und Unternehmen.

Die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer haben sich seit Gründung der Währungsunion verdoppelt. Spiegelbildlich haben sich die Überschüsse Deutschlands, Hollands und Österreichs ebenfalls verdoppelt. Die aus den angehäuften Defiziten entstandenen Schuldenberge und die in der Finanz-

Ungleichgewichte gefährden Europa

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder in Milliarden Euro



Deutschland ist weiterhin Europameister beim Export.

Doch der Exportüberschuss zieht eine massive Verschuldung anderer europäischer Länder nach sich.

Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

marktkrise aufkommenden Zweifel, ob die Schuldner diese je zurückzahlen können, sind die Ursachen der Eurokrise.

Anpassung nach unten droht

Nach Ausbruch der Krise droht nun eine europaweite Abwärts-spirale. Seit 2010 zwingt die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds die südeuropäischen Länder zu umfassenden Kürzungen in allen staatlichen Bereichen. Auch auf den deutschen Weg des Lohndumpings. Die Realeinkommen waren etwa in Griechenland zwischen 2000 und 2009 noch um über 16 Prozent gestiegen. Bis 2014 erwartet die EU-Kommission einen Rückgang um 25 Prozent gegenüber 2009. Ähnliches läuft in allen südlichen Krisenländern ab. Damit brechen zunehmend Märkte weg, die bislang die Exportkonjunktur in Deutschland gestützt haben.

Die Alternative zu Lohnsenkungen in den Krisenländern sind kräftige Lohnzuwächse in Deutschland. So würde der Druck auf die Löhne in den südlichen Ländern sinken.

Darüber hinaus müssen die öffentlichen Ausgaben in den Überschussländern, insbesondere in Deutschland erhöht werden. Bedarf für höhere Investitionen und Beschäftigung in Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur usw. gibt es reichlich. Finanziert werden muss dies durch eine höhere Besteuerung von hohen Vermögen und Einkommen. Insgesamt würde so die Binnennachfrage gestärkt, was auch steigende Importe zur Folge hätte. Dies würde zu einem Rückgang der Überschüsse in Deutschland und der Defizite in den Krisenländern beitragen.

Eine höhere Binnen-nachfrage in Deutschland würde den südlichen Ländern helfen ihre Defizite abzubauen.

Marshallplan für Europa

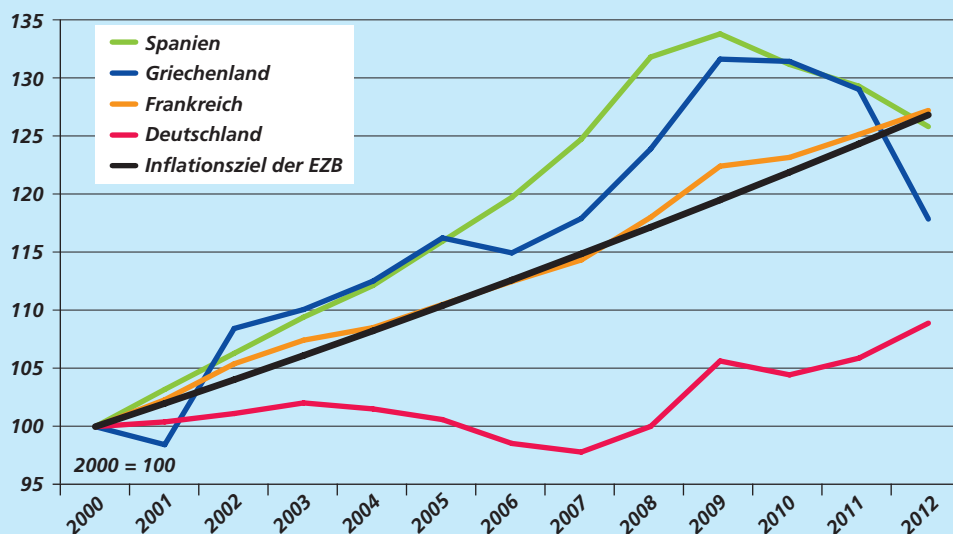
Um den Erholungs- und Angleichungsprozess der südlichen Länder zu unterstützen und Ungleichgewichten sowie Spaltungstendenzen in Europa entgegenzuwirken, ist ein „Marshallplan für das 21. Jahrhundert“ notwendig. Konkret würde dies Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung bedeuten, in die Reduktion des

Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Verkehrsinfrastruktur, in emissionsarme Städte und Gemeinden, aber auch in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen.

Darüber hinaus benötigen wir auf EU-Ebene eine Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Ungleichgewichten entgegenwirkt: Übermäßige Leistungsbilanzüberschüsse müssen ebenso verhindert werden, wie -defizite. Auch müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, dass sich kein Land durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile verschaffen kann.

Lohnstückkosten in Europa

Entwicklung der Lohnkosten nach Abzug der Produktivitätssteigerung



Mit einer gemeinsamen Währung sollte die Lohnstückkostenentwicklung aller Länder sich mindestens am gemeinsamen Inflationsziel orientieren.

Quelle: Europäische Union (Ameco) und eigene Berechnungen, November 2012

Umverteilung produziert Schulden

„Ausgangspunkt der Krise sind nicht die Spekulanten gewesen, sondern dass wir uns nicht an die Haushaltsdisziplin gehalten haben.“ Dieses Zitat von Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU, ist nur ein Beispiel von vielen. Kürzungsapologeten wollen uns weismachen, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Ursache der noch immer anhaltenden Krise sei. Dabei war es genau anders herum: Die Schuldenquote – Schulden gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt – war bis zur Krise der Euroländer weitgehend stabil oder sogar sinkend. Erst mit Beginn der Krise ab 2008 ist sie überall steil angestiegen.

Vermögens- nicht Schuldenkrise

Seit 1990 hat sich das Finanzvermögen weltweit vervierfacht, während die weltweite Wirtschaftsleistung sich etwas mehr als verdoppelt hat. Ursache dafür ist vor allem die Umverteilung von unten nach oben. Durch sie wurde immer mehr Vermögen auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten auf die Finanzmärkte gespült. Die renditesuchenden Anleger haben den Druck verstärkt, Finanzmärkte zu deregulieren und immer neue „Finanzprodukte“ zu erfinden. Die Nachfrage nach solchen Produkten treibt ihren Preis hoch, was sie für Anleger erst recht attraktiv macht. Anlagekapital floss in immer riskantere Wertpapiere, deren Sinn niemand mehr verstand, in künftige spanische Investitionsruinen

oder den berühmt gewordenen US-Häusermarkt. So lange, bis die Blasen platzten.

Umverteilung hat immer mehr Vermögen auf die Finanzmärkte getrieben und sie zum Casino für Reiche gemacht.

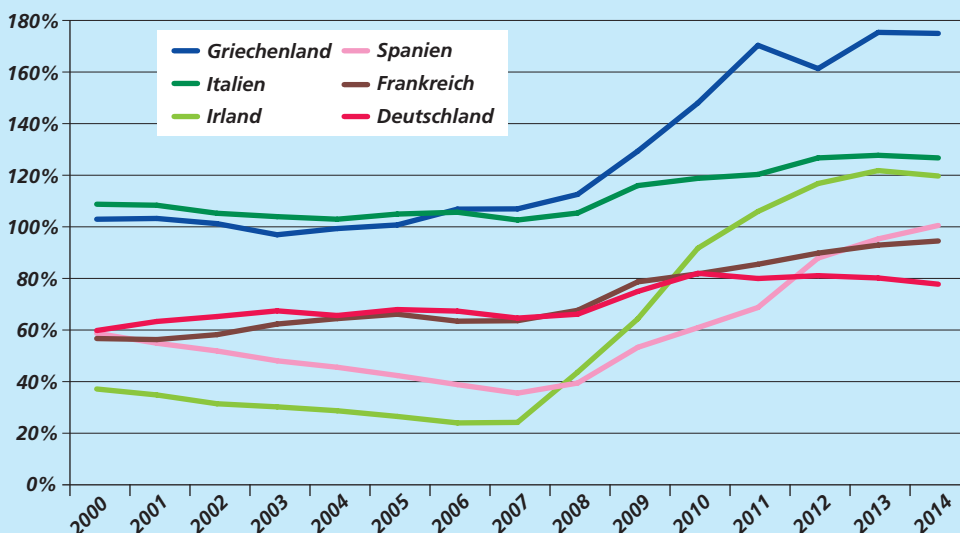
Die Krise, in der wir uns momentan befinden, ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die unweigerlich immer wieder zu Zusammenbrüchen führt. Die vollmundig angekündigte Bändigung der Finanzmärkte verläuft viel zu schleppend und nicht konsequent. Außerdem hat die Politik nur die Schulden im Blick und will von Vermögen nicht reden.

Woher kommen die Schulden?

Schulden öffentlicher Haushalte müssen kein Zeichen schlechten Wirtschaftens sein. Bisher galt immer die sogenannte goldene Regel, wonach Schulden in dem Umfang gemacht werden dürfen, wie sie für Investitionen etwa für Infrastruktur ausgegeben werden. Denn auch kommende Generationen profitieren von einem Deich, der heute über Kredite finanziert wird, aber Jahrzehnte lang vor Hochwasser schützt. Auch Unternehmen nehmen in der Regel Kredite auf, wenn sie ihre Existenz sichern und in Zukunftsmärkte investieren wollen.

Für den Staat wie auch für private Haushalte und Unternehmen ist es sinnvoll sich zu verschulden um größere Projekte zu finanzieren.

Finanz- und Wirtschaftskrise treibt Schulden hoch
Öffentliche Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Die Schuldenquote ist erst mit Ausbruch der Krise stark angestiegen. Zuvor war sie in allen europäischen Mitgliedstaaten weitgehend stabil. In den heutigen Krisenländern Spanien und Irland ist sie sogar deutlich gesunken.

Quelle: EU Kommission 2013, 2012-14 Prognose

Problematisch kann es werden, wenn Schulden schneller wachsen, als die Wirtschaft insgesamt, wenn also die Schuldenquote steigt. Die Zinsen nehmen dann einen immer größeren Teil der Ausgaben ein, der nicht mehr für anderes zur Verfügung steht.

Im Zuge der deutschen Vereinigung ist die Schuldenquote durch Mehrausgaben von rund 40 auf 60 Prozent gestiegen. Ab 2001 blieben die Einnahmen zurück. Großzügige Steuersenkungen vor allem für Unternehmer und Menschen mit hohen Einkommen haben die Schuldenquote weiter auf fast 70 Prozent steigen lassen. Mit Ausbruch der Krise waren es wiederum die Ausgaben, die die Quote auf über 80 Prozent erhöht haben.

Reichtumspflege und Bankenrettung haben die Schuldenquote hochgetrieben.

Um insgesamt rund 400 Milliarden Euro erhöhte die Krise bisher die öffentliche Verschuldung. 300 Milliarden Euro davon gehen auf das Konto von Bankenrettung. Ohne Steuergeschenke, Krise und Bankenrettung lägen die Schulden heute bei gut einer und nicht zwei Billionen Euro.

Was bremsen Schuldenbremsen?

Zur Bekämpfung öffentlicher Schulden hat der Bundestag schon 2009 eine Schuldenbremse beschlossen. Die Bundesregierung hat nun dafür gesorgt, dass sie im Rahmen des Fiskalvertrags auf ganz Europa ausgeweitet wird. Die Bremsen legen fest, dass neue Schulden nur noch in sehr geringem Umfang aufgenommen werden dürfen.

Da die heimische Konjunktur nach der großen Krise gut lief, sieht die Einnahmesituation für die öffentlichen Haushalte gut aus. Sackt die Konjunktur ab, kann sich dies schnell ändern. Außerdem zeigt sich schon jetzt in den Finanzplanungen der Bundesländer, dass sie aufgrund der Schuldenbremse weitere Einsparungen planen – etwa beim Personal und bei Investitionszuweisungen an ihre Kommunen.

Richtig gefährlich ist eine zusätzliche Regelung im Fiskalvertrag, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Schuldenquote innerhalb von 20 Jahren auf 60 Prozent zu drücken. Für Deutschland heißt dies ein Prozent pro Jahr. Bei halbwegs guter Konjunktur ist dies zu schaffen. Länder wie Italien, Portugal und Irland mit einer Schuldenquote von 120 Prozent müssten um drei Prozent pro Jahr runter. Für Deutschland entspräche dies

Minderausgaben von rund 80 Milliarden Euro. Ein solcher Schrumpfkurs ist nicht zu schaffen. Das sagen auch viele Politiker hinter vorgehaltener Hand.

Schulden = Vermögen

Wer die Schulden ernsthaft reduzieren will, kommt nicht daran vorbei die Vermögen in die Pflicht zu nehmen. Schulden stehen immer Vermögen gegenüber. Wo Schuldner sind, sind auch Gläubiger, und wo Schulden abgebaut werden, müssen auch Vermögen reduziert werden. Deshalb brauchen wir hierzulande und europaweit Abgaben und Steuern auf große Vermögen. So können die Folgen der Krise bekämpft und ein soziales Europa gestaltet werden.



Vermögensteuer und Vermögensabgabe

Einkommen und Vermögen sind sehr ungleich verteilt. Eine gerechte Steuerpolitik kann diese ungleiche Verteilung korrigieren. Mit der Höhe des Einkommens steigende Steuern sorgen dafür, dass wirtschaftlicher Erfolg zum Allgemeinwohl beiträgt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft.

Die Besteuerung großer Vermögen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft.

In den letzten Jahren beteiligten sich die Reichen und Superreichen nur noch unzureichend an der Finanzierung des Gemeinwesens. Verantwortlich dafür ist die Berliner Politik. Die Kohl-, Schröder-

und Merkel-Regierungen haben Vermögen steuerlich geschont. Während Umfang und Konzentration der Privatvermögen stiegen, trugen vermögensbezogene Steuern (Grundsteuer, Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuern) immer weniger zum gesamten Steueraufkommen bei. Ihr Anteil liegt heute bei nur noch 2,3 Prozent. Aus Deutschland wurde eine Steuer-oase für Vermögensbesitzer und reiche Erben.

Damit muss Schluss sein. Um große Vermögen zukünftig in die Pflicht zu nehmen, fordert ver.di die Einführung einer Vermögensteuer und einer Vermögensabgabe für Millionäre. Auch die Steuer auf große Erbschaften muss erhöht und ungerechtfertigte Begünstigungen müssen zurückgenommen werden.

Vermögensteuer

Eine Vermögensteuer ist im Grundgesetz in Artikel 106 (2) vorgesehen. Bis 1996 wurde sie auch erhoben. Dann mahnte das Bundesverfassungsgericht an, dass Immobilien gegenüber anderem Vermögen nicht bevorzugt werden dürfen. Dies war für die Kohl-Regierung ein willkommener Anlass, die Steuer auszusetzen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Das damalige jährliche Steueraufkommen lag bei 4,6 Milliarden Euro und floss in die Kassen der Bundesländer.

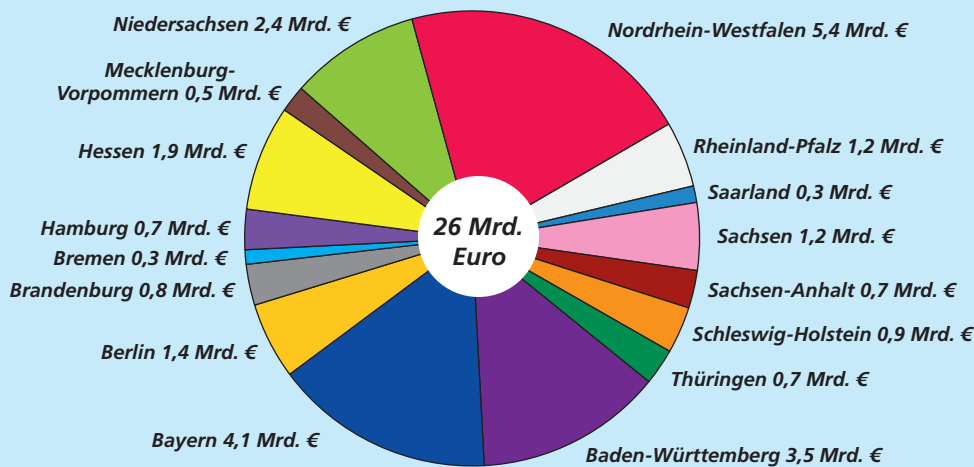
ver.di fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Besteuert werden sollen Geldvermögen aller Art, Geschäftsvermögen sowie Immobilien abzüglich darauf liegender Schulden. Die Steuer soll auf Nettovermögen oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro je Erwachsenen, 200.000 Euro je Kind erhoben werden. Für Vermögen zur Altersvorsorge kann ein weiterer Freibetrag eingerichtet werden. Der Steuersatz soll bei einem Prozent liegen.

Das jährliche Aufkommen einer so ausgestalteten Vermögensteuer würde bei rund 20 Milliarden Euro liegen.

Vermögensabgabe

Neben der Vermögensteuer soll für einen befristeten Zeitraum von zehn Jahren zusätzlich eine Vermögensabgabe erhoben werden. Mit dieser Forderung knüpft ver.di an die Idee des Lastenausgleiches nach dem Zweiten Weltkrieg an. Die Abgabe soll dazu beitragen, die Belastungen zu finanzieren, die in Folge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 entstanden sind. Nur zur

Vermögen- und Erbschaftsteuer für die Bundesländer



Vermögen- und Erbschaftsteuer erhalten nicht nur die Orte mit den meisten Millionären. Sie sind Steuern der Bundesländer, die sich nach dem Finanzausgleich ungefähr entsprechend des Anteils an der Gesamtbevölkerung verteilen. Deshalb haben auch ärmere Länder etwas davon. Die Länder geben einen Teil an die Gemeinden weiter.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

Wie viel haben die Reichen?

	Schwelle	Durchschnitt
Reichstes 1%	ab 770.000 €	3.700.000 €
Reichste 10%	ab 210.000 €	690.000 €

Nettovermögen der privaten Haushalte: Immobilienvermögen, Finanzvermögen und Versicherungsguthaben, Betriebsvermögen einschließlich Beteiligungen, Gold, Schmuck, Kunstsammlungen. Abzüglich der Verbindlichkeiten (Hypothesen u. a. Kredite).
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011, Zahlen für 2007

Erinnerung: Allein die Bankenrettung, von der vor allem Vermögende profitiert haben, erhöhte die Staatsverschuldung um über 300 Milliarden Euro.

Auch die Vermögensabgabe ist im Grundgesetz vorgesehen. Ihr Aufkommen steht gemäß Artikel 106 (1) dem Bund zu. Die Abgabe soll auf das Nettovermögen – also nach Abzug der Schulden – oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro je Erwachsenen und 200.000 Euro je Kind erhoben werden. Die Abgabesätze sollten progressiv gestaltet werden. Ab einer Million soll der Abgabesatz zehn Prozent betragen. Oberhalb zehn Millionen Euro soll der Abgabesatz auf 20 Prozent steigen, und für Vermögensteile ab 100 Millionen Euro soll er bei 30 Prozent liegen.

Eine Vermögensabgabe beteiligt die Profiteure der Umverteilung von unten nach oben und der Bankenrettung an den Kosten der Krisenbewältigung.

Besteuert werden in Deutschland ansässige, natürliche Personen mit ihrem Weltvermögen. Betroffen ist das reichste Prozent der Bevölkerung. Die Mittelschicht, auch die obere Mittelschicht, bleibt außen vor. Körperschaften sollen keine Abgabe zahlen. Steuerpflichtig sind nicht die Unternehmen, sondern die Eigentümer im Umfang des Werts ihrer Anteile, die sie an Betriebsvermögen halten. Um kleinere und mittlere Betriebe zu entlasten, soll es für Betriebsvermögen einen gesonderten Freibetrag von zwei Millionen Euro geben.

Die Zahlung der Abgabe wird auf zehn Jahre gestreckt. So ist die wirtschaftliche Belastung tragbar. Sollte es dennoch in Einzelfällen Liquiditätsprobleme geben, kann die Steuerschuld gestundet oder weiter gestreckt werden. Eine Exis-

tenzgefährdung von Unternehmen durch die Vermögensabgabe ist somit ausgeschlossen.

Die Bemessung des Vermögens erfolgt zu einem Stichtag vor der Beschlussfassung über die Vermögensabgabe. So können Ausweichreaktionen verhindert werden. Auch wenn Abgabepflichtige ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, müssen sie die Abgabe zahlen. Insgesamt können durch die Vermögensabgabe über 300 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen mobilisiert werden.

Politischer Druck ist nötig

Deutschland ist so reich wie nie zuvor. So reich, dass allen ein gutes Leben ermöglicht werden kann. Dafür ist es notwendig, die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zu korrigieren. Eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe sind dafür geeignete Instrumente. Alle Oppositionsparteien haben die Forderung nach einer Vermögensbesteuerung inzwischen in ihr Wahlprogramm geschrieben. Jetzt geht es darum politischen Druck aufzubauen, dass den Worten auch Taten folgen.

Sind Unternehmen und Arbeitsplätze bedroht?

Über zwei Drittel der privaten Millionenvermögen sind Betriebsvermögen. Daher kann auf eine Besteuerung nicht verzichtet werden. Entscheidend ist, was „Betriebsvermögen“ bedeutet. Unternehmerkreise versuchen den Anschein zu erwecken, es ginge dabei vorrangig um das Eigentum von Familienunternehmen an kleinen und „mittelständischen“ Betrieben. Doch tatsächlich geht es ganz überwiegend um Anteile an großen Aktiengesellschaften und GmbHs. Ein Freibetrag von zwei Millionen Euro würde ausreichen, um übermäßige Belastungen von Familienunternehmen zu vermeiden. 98 Prozent der im Unternehmensregister erfassten 3,6 Millionen Unternehmen in Deutschland dürften aufgrund ihres geringeren Werts nicht betroffen sein.

Zu weiteren „Antworten auf Einwände gegen Gerechtigkeit“ siehe <https://wipo.verdi.de/argumente>

Steueroasen und Trutzburgen

Bis zu einer Billion Euro gehen in der EU laut EU-Steuerkommissar Šemeta jährlich durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung verloren. Die Staatsschulden in der EU betragen insgesamt zehn Billionen Euro. Treffen die hohen Schätzungen tatsächlich zu, könnten diese Schulden allein mit den hinterzogenen Steuern in nur zehn Jahren auf Null reduziert werden.

Politiker haben viel zu lange viel zu wenig Interesse an Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Geldwäsche gezeigt. Sie haben den Anschein erweckt, ein Land könne allein nichts ausrichten. An exotische Steueroasen komme man nicht ran und steuerliche Trutzburgen wie die Schweiz, Österreich und Lichtenstein seien nicht zu knacken. Möglichkeiten für Verdunklung und Steuerhinterziehung gäbe es zudem etwa im US-Bundesstaat Delaware, den Niederlanden oder auf britischem Hoheitsgebiet.

Kritische Menschen in der Schweiz sprechen statt vom Bankgeheimnis vom Steuerhinterziehungsgeheimnis.

Die Politik hat das „scheue Reh“ Kapital auch noch gehätschelt: Runter oder gleich ganz weg mit den Steuern auf Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen, sowie günstige Sonderbehandlung von Gewinnen und Kapitaleinkünften.

Samthandschuhe und legale Tricks

Ende 2012 ist das Vorhaben der Bundesregierung gescheitert, mit der Schweiz einen Ablasshandel für Steuerbetrüger zu vereinbaren. Mit einer einmaligen „Strafsteuer“ sollte Schwarzgeld legalisiert werden. Im Gegenzug wären alle Steuerflüchtlinge dauer-

haft straffrei und anonym geblieben. Die Bundesrepublik hätte sich sogar verpflichtet, keine Steuer-CDs aus der Schweiz mehr zu nutzen. „Staatlich organisierte Geldwäsche“, so ein Kripo-Beamter aus Nordrhein-Westfalen.

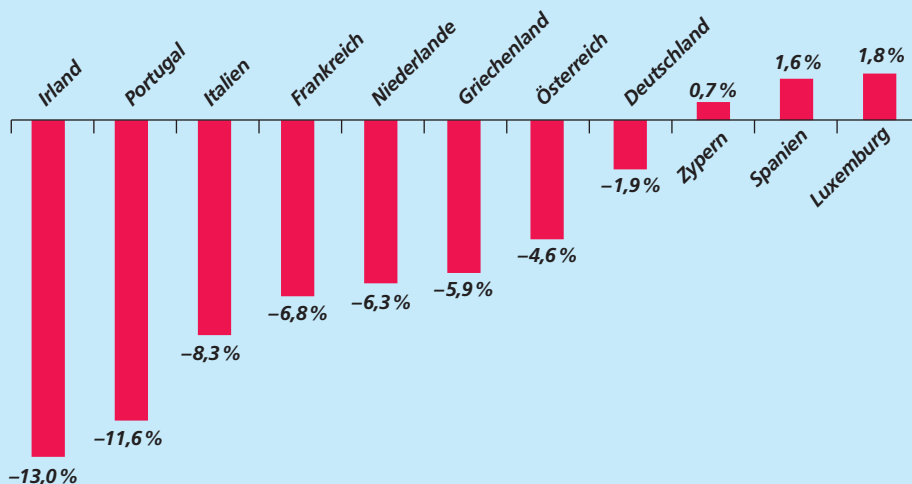
Ablasshandel, Steueramnestien und Schlupflöcher laden zu gesellschaftsschädlichen und kriminellen Handlungen ein.

„Steuergestaltung“ oder „Steueroptimierung“ heißt es vornehm, wenn international tätige Unternehmen mit großem bürokratischem Aufwand und an der Grenze zur Legalität ihre Steuerzahlungen möglichst gering halten. Die Aktivitäten laufen immer darauf hinaus, Gewinne sowie Einnahmen aus Zinszahlungen oder Lizenzgebühren bei Unternehmen des Konzerns in Ländern mit niedriger Besteuerung anfallen zu lassen. Ausgaben und Verluste dagegen werden in Ländern mit nominal höherer Besteuerung wie zum Beispiel Deutschland geltend gemacht.

Bekannt geworden sind die Fälle von Microsoft, Google, Ikea oder Starbucks. Die Kaffeehauskette hatte 2011 unter anderem in Europa Gewinne von 30 Millionen Euro erwirtschaftet. Darauf wären normalerweise etwa acht Millionen Euro Steuern fällig geworden. Tatsächlich bezahlt hat die niederländische Holdinggesellschaft weniger als eine Million Euro. In Großbritannien haben Kaffeeliebhaber diese Praxis lautstark vor Starbucks-Filialen angeprangert und einige sogar besetzt.

Einnahmequellen weggekürzt

Beschäftigungsabbau bei Steuerbehörden zwischen 2007 und 2011, in Prozent



Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-in bringen für das Gemeinwesen meistens ein Vielfaches ihres Gehalts an Einnahmen. Trotzdem sind viele Stellen bei den Steuerbehörden dem Kürzungswahn bei der öffentlichen Beschäftigung zum Opfer gefallen.

Quelle: Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst, EGÖD 2013

Viele DAX-Konzerne unterhalten Tochterfirmen in Steueroasen wie den Kaimaninseln.

Auch jede Menge deutscher Unternehmen sind dabei. Allein die Deutsche Bank hat mindestens 300 Firmen und Trusts in verschiedenen Steueroasen.

Krise – Anlass zum Umdenken?

Spätestens mit der Zuspitzung der Krise in Zypern ist breiteren Bevölkerungskreisen klar geworden, welche Schäden mit dem vermeintlichen Kavaliersdelikt Steuerhinterziehung angerichtet werden. Die öffentlichen Haushalte bluten aus, die Regierungen exekutieren brutale Kürzungen – nur die Reichen können sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen entziehen.

Wir brauchen viel mehr und nicht immer weniger Personal bei der Steuerfahndung und beim Steuervollzug.

Bisher haben die Länder es mit der Steuererhebung nicht so genau genommen. Nicht nur in Griechenland. In fast allen europäischen Ländern wurde die Beschäftigung bei den Steuerbehörden reduziert. Allein in Deutschland fehlen nach den Bedarfszahlen der Arbeitgeber über 10.000 Steuerbeamte.

Nun wird es für Steuerhinterzieher und Geldwäscher ungemütlicher. Nicht weil die Staatsmacht mit großem Eifer Licht ins Dunkel bringt. Sondern weil Hacker,

Journalisten/-innen und Menschen aus der Finanzwelt es einfach satt haben, dass Steuerhinterziehung und Geldwäsche nicht ernsthaft verfolgt werden. Immerhin sieht sich die Politik jetzt in der Verantwortung zu handeln.

Steuerfahndung stärken, Steueroasen austrocknen

Zur ernsthaften Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung ist Transparenz nötig und ein automatischer, grenzüberschreitender Datenaustausch zwischen Banken und Steuerbehörden. Einen ersten Schritt hatte die EU mit ihrer Zinsrichtlinie schon 2003 gemacht. Zumindest Informationen über Zinseinnahmen werden seither automatisch weitergeleitet. Allerdings haben sich Luxemburg und Österreich sowie nicht EU-Staaten wie die Schweiz bisher nicht angeschlossen. Zudem werden nur Zinseinkünfte natürlicher Personen erfasst. Andere Kapitalerträge und die von Unter-

nehmen, Stiftungen und anderen oft zur Steuerflucht eingesetzten Konstruktionen bleiben außen vor.

Die USA sind einen Schritt weitergegangen: Sie zwingen mit dem Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) weltweit Banken und alle anderen Finanzinstitute, Auskunft über die Konten von US-Steuerpflichtigen zu geben. Auch die EU oder Deutschland könnten Finanzinstitute in Steueroasen verpflichten, die Kontodaten weiterzugeben.

Außerdem ist ein Online-Register nötig, das die wahren Begünstigten von Briefkastenfirmen in Steueroasen nennt. Finanztransaktionen mit Steueroasen müssen mit einer hohen direkten Steuer belegt werden. Banken, die bei der Steuerflucht helfen, muss die Lizenz entzogen werden. Politischer Wille vorausgesetzt, können Steueroasen trockengelegt und Trutzburgen geknackt werden.



Fair teilen jetzt!

Über 100.000 Euro Vermögen hat jeder Bürger, jede Bürgerin in Deutschland. Im Durchschnitt. Tatsächlich hat die ärmere Hälfte zusammen so gut wie nichts. Und viele Menschen spüren, dass sie es kaum jemals in den Fahrstuhl nach weiter oben schaffen werden. Auf der anderen Seite wächst das Vermögen der reichsten Deutschen um eine Million oder mehr – täglich! Diese Spaltung haben auch Politiker inzwischen als Thema für den Wahlkampf erkannt. Mehr Gerechtigkeit ist deshalb noch lange kein Selbstläufer.

Nicht nur in Sonntagsreden!

Sind jetzt alle für gerechtere Löhne? Dieser Eindruck drängt sich auf, weil neuerdings auch CDU/CSU und FDP für „Lohnuntergrenzen“ eintreten. Doch diese Grenzen soll es nur in Branchen geben, wo kein Tarifvertrag existiert. Und aushandeln sollen sie eine Kommission aus Arbeitgebern und Gewerkschaften. Unternehmer

könnten sich eine Gewerkschaft suchen, zum Beispiel eine sogenannte christliche, die mit ihnen Verträge von 5,50 Euro abschließt. Letztlich würde so der von ver.di geforderte gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro verhindert.

Branchenspezifische oder regional unterschiedliche Lohnuntergrenzen sollen einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn verhindern.

Sollen Vermögende und Großverdiener künftig mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen? Nicht alles, was in Wahlprogrammen steht, gilt auch noch nach den Wahlen. 1998 hatte es die kurz zuvor ausgesetzte Vermögensteuer bis in den Koalitionsvertrag der frisch gewählten rot-grünen Bundesregierung geschafft.

Doch 2002 kam das Aus. Statt Vermögensteuer gab es eine Steueramnestie für Steuerflüchtlinge und die günstige Abgeltungsteuer für Kapitalerträge. Fluchtgeld sollte zur Rückkehr bewegt werden und so mehr Steuereinnahmen bringen. Das Gegenteil war der Fall.

Wird Steuerhinterziehung endlich ernsthaft verfolgt? Kanzlerin Merkel oder Bayerns Ministerpräsident Seehofer zeigten sich tief enttäuscht über die aufgedeckten Fälle von Steuerflucht und Steuerhinterziehung der sogenannten Leistungsträger und Publikumsliebhaber Hoeneß oder Rummenigge. Gefragt sind jetzt Taten, nicht Worte.

Ohne gesellschaftlichen Druck erweisen sich gute Absichtserklärungen oft als leere Versprechungen.

Initiativen und Bündnisse für faires Teilen haben viele Vorschläge für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit erarbeitet. Schön, wenn manche Forderungen nun in Programme und Vorhaben der Parteien einfließen. Wer mehr Gerechtigkeit will, muss sich aber auch dauerhaft für dieses Ziel einsetzen.

Ungerechte Verteilung schadet allen

Ungerechte Verteilung ist ein Problem der gesamten Gesellschaft. Lange Zeit hat nur eine kleine Schicht von Vermögenden vom Zuwachs der Wirtschaftsleistung profitiert. Die realen Arbeitsinkommen sind sogar gesunken. Der Einkommensanteil der reichsten 10 Prozent ist von rund 30 auf fast 40 Prozent gestiegen – und damit wieder so hoch wie vor der Weltwirtschaftskrise ab 1929.



Ungleichheit schadet: Je größer die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft, desto häufiger sind die Menschen psychisch krank und haben Zukunftsängste, desto niedriger ist die Lebenserwartung, desto höher ist der Anteil von Gewalt, Drogenkonsum und Gefängnisinsassen.

Fair teilen in Europa und der Welt

Merkel und Barroso trimmen Europa auf „Wettbewerbsfähigkeit“. Gemeint ist: mit niedrigen Kosten hohe Gewinne ermöglichen. Seien es Lohnkosten, Steuern, Kosten des Sozialstaats oder Kosten für Verbrauch von Ressourcen oder Erhalt der Umwelt. Diese einseitige Orientierung führt zu einem Wettlauf nach unten. Löhne, Steuereinnahmen des Staates, Rechte der Beschäftigten werden dem Mantra der „Wettbewerbsfähigkeit“ geopfert.

! Wir wollen Wettbewerb um die besten Lebensbedingungen für die Menschen, statt um die niedrigsten Lohnkosten und schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Die Negativspirale muss unterbrochen werden. Dazu brauchen wir garantierte Mindeststandards bei Einkommen und Arbeitnehmerrechten. In einem gemeinsamen Währungsraum wie der Eurozone ist darüber hinaus eine Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik nötig. Angesichts der katastrophalen Lage in den südlichen Euroländern müssen weitere Kürzungen sofort gestoppt und stattdessen eine Strategie für sozial-ökologisches Wachstum eingeleitet werden, die den Menschen wieder Hoffnung und Perspektive gibt.

Fair teilen bei Löhnen und Gewinnen

Fair teilen bei Löhnen und Gewinnen heißt, dass alle von ihrer Arbeit leben können müssen und am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden. Wer alt oder krank ist, braucht sozialen Ausgleich.

! Mehr Verteilungsgerechtigkeit bedeutet heute konkret: Höhere Löhne und Sozialeinkommen und mehr Zeit für gesellschaftliches und privates Leben.

Wer mehr Verteilungsgerechtigkeit will muss den Niedriglohnssektor austrocknen und die großen Lebensrisiken sozialstaatlich absichern. Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn von zunächst mindestens 8,50 Euro pro Stunde, Gleichbezahlung und Gleichbehandlung von Leiharbeit, Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigung und bessere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Fair teilen beinhaltet auch, dass Beschäftigte Familie und Beruf vereinbaren können und gute Regelungen zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit haben.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Gesundheit und Lebenserwartung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Statt Zuzahlungen und immer mehr privater Vorsorge wollen wir die Bürgerversicherung mit bedarfsgerechten Leistungen für alle. Wir wollen eine armutsfeste Rente, die Rückabwicklung der Rente mit 67 und der Absenkung des Rentenniveaus. Mit einer besseren Lohnentwicklung, leicht steigenden Beiträgen statt privater Zusatzvorsorge, der paritätischen Betei-

In Deutschland haben Wirtschaft und Politik bis zur Krise die so verstandene Wettbewerbsfähigkeit vorangetrieben. Die Lohnentwicklung war die schlechteste in Europa, die Staatsausgaben stiegen am langsamsten, die inländische Nachfrage kam nicht vom Fleck. Die Strategie der „nachholenden“ Kürzung bei den Handelspartnern muss scheitern, weil nicht alle Länder Überschüsse erwirtschaften können.

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt mehr in die Staatskasse
Millionärsabgabe (zehn Jahre lang jährlich)	+ 30 Milliarden Euro
Vermögensteuer (dauerhaft)	+ 20 Milliarden Euro
höhere Steuer auf große Erbschaften	+ 6 Milliarden Euro
höhere Steuern auf Kapitalerträge und hohe Einkommen, geringere auf niedrige Einkommen	+– 0 Milliarden Euro
mehr Steuern von finanzstarken Unternehmen	+ 22 Milliarden Euro
Finanztransaktionssteuer	+ 10 Milliarden Euro
besserer Steuervollzug, Steuerbetrug bekämpfen	+ 12 Milliarden Euro
Insgesamt Mehreinnahmen jährlich	+ 100 Milliarden Euro

Die 1:12-Initiative der Juso Schweiz

Die Schweizer Großbank UBS musste mit öffentlichen Geldern in Höhe von insgesamt 76 Milliarden Franken vor dem Konkurs gerettet werden. Wenige Wochen darauf gab die Bank bekannt, dass sie trotzdem drei bis vier Milliarden Franken an Boni auszahlen gedenke. Dies löste in der Bevölkerung eine Welle der Entrüstung aus. Die Schweizer Jungsozialisten/innen haben daraufhin die nötigen Unterschriften für eine Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“ gesammelt, die Folgendes verlangt: „Der höchste von einem Unternehmen

bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes.“ Die Abstimmung zu dieser Initiative findet im November 2013 oder im Frühjahr 2014 statt.

75 Prozent Spitzensteuersatz in Frankreich

Im Wahlkampf hatte der jetzige französische Staatspräsident Hollande einen Spitzensteuersatz von 75 Prozent gefordert und ihn nach seiner Wahl auch umgesetzt, allerdings technisch nicht korrekt: Nur Einzelpersonen mit einem Jahreseinkommen über einer Million Euro hätten ihn zahlen

müssen, egal ob allein oder mit Familie. Hätten in einer Familie beide Eltern je 900.000 Euro Jahreseinkommen, blieben sie außen vor. Das muss nachgebessert werden, ist aber bisher nicht passiert. Möglicherweise weil Reiche wie der Schauspieler Depardieu mit großem Getöse das Land verlassen haben. Ob es einen Massensexodus von Millionären geben würde, ist sehr fraglich. Den gibt es auch nicht aus Schweden, wo der Spitzensteuersatz bei 56 Prozent liegt. Deutlich höhere Spitzensteuersätze waren bis Anfang der 1980er-Jahre weit verbreitet, zum Beispiel 70 Prozent in den USA.

ligung der Arbeitgeber und einem stärkeren Solidarausgleich kann dies auch finanziert werden.

Fair teilen bei der Steuer

Auch wenn der Bund und etliche Kommunen kaum noch auf neue Schulden angewiesen sind: Für viele Städte und Bundesländer gilt das nicht, die meisten haben es erkaufte mit massiven Leistungskürzungen und Verschleiß öffentlicher Infrastruktur. Zusätzlich ist die öffentliche Verschuldung durch die Finanzmarktkrise sprunghaft angestiegen. Wer in Zukunft eine ausreichende Zahl an Kitaplätzen, weiterhin Bibliotheken, Jugendclubs und Schwimmbäder, moderne Schulen und Universitäten oder mehr als nur notdürftig geflickte Straßen nutzen will, muss sich für ausreichende öffentliche Einnahmen einsetzen.

! Deutschland ist ein Niedrigsteuerland bei gewinn- und vermögensbezogenen Steuern, aber ein Hochsteuerland für Beschäftigte.

Das „Konzept Steuergerechtigkeit“ von ver.di bringt für die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden dauerhafte Mehreinnahmen von jährlich 70 Milliarden Euro. Dazu hat ver.di eine höhere und effektivere Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften, hohen Einkommen, Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und Finanztransaktionen vorge schlagen. Der Steuervollzug soll gestärkt, Steuerflucht und -hinterziehung entschiedener bekämpft werden. Beschäftigte mit geringerem und mittlerem Einkommen werden dagegen entlastet. Zusätzlich soll oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro eine einmalige Vermögensabgabe erhoben werden, die innerhalb von zehn Jahren 300 Milliarden Euro einbringt. Diese Abgabe soll die Belastungen für unser Gemeinwesen reduzieren, die durch die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise entstanden sind.

Gerechtigkeit gibt es nicht geschenkt

„Soziale Gerechtigkeit – davon reden fast alle. Dass wir mehr Gerechtigkeit brauchen, meinen sehr viele. Ob wir die auch bekommen, bezweifeln nicht wenige. Deswegen müssen wir über Fair teilen reden und darüber, wie man mehr Gerechtigkeit schafft.“ Mit diesem Aufruf warb ein breites Bündnis von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Stiftungen und Verbänden für den Kongress: „Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit“ vom Mai 2013.

Gemeinsam mit den Bündnisorganisationen werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass es nicht bei Worten bleibt, sondern Taten folgen.

Datenquellen zu den Vermögen und ihrer Verteilung

Alle Angaben zum Umfang und zur Verteilung der Vermögen sind Schätzungen und mit Bewertungsproblemen verbunden.

Statistisches Bundesamt und Bundesbank veröffentlichen gemeinsam Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen. Das Nettovermögen der Privaten Haushalte belief sich danach Ende 2011 auf 9,3 Billionen Euro. Es umfasst im Wesentlichen Anlagegüter, Bauten, Bauland sowie Geldvermögen inklusive Wertpapiere und Beteiligungen an Unternehmen, abzüglich Kredite und andere Verbindlichkeiten, ohne Gebrauchsvermögen. Auf diesen Daten beruhen unsere Angaben zur Gesamtsumme von Vermögen und die Vermögensuhr auf www.vermoeigensteuerjetzt.de.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht

Zahlen über die Vermögen der privaten Haushalte und ihre Verteilung auf Basis einer großen Haushaltebefragung, dem Sozioökonomischen Panel (SOEP). Die letzte vorliegende Auswertung bezieht sich auf 2007, daraus ergab sich ein Nettovermögen von 6,6 Billionen Euro (vgl. DIW-Wochenbericht 4/2009). Da in dieser Datengrundlage die sehr Reichen aber nur unzureichend erfasst sind, hat das DIW 2010 eine Hinzuschätzung des Vermögens der Millionäre auf der Basis der Liste der 300 reichsten Deutschen des Manager-Magazins für 2007 vorgenommen. Es ergibt sich ein Nettovermögen von 7,2 Billionen Euro und eine deutlich höhere Konzentration der Vermögen, die realistischer erscheint (vgl. DIW Berlin, Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe,

Kapitel 3.5.). Auf diesen Verteilungsdaten beruhen unsere Angaben zur Vermögensverteilung und Schätzungen zum Aufkommen von Vermögenssteuer und Vermögensabgabe. Eine Tabelle mit DIW-Zahlen zur Vermögensverteilung ist hier: https://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell/data/DIW-Zahlen.pdf

Die Angaben zur Vermögensverteilung im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013 beruhen hauptsächlich auf Daten der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS) für 2008. Diese ergibt ein Nettovermögen der privaten Haushalte von rund 4,6 Billionen Euro. Auch hier sind die sehr großen Vermögen kaum erfasst, sowohl die Angaben zur Gesamtsumme als auch zur Konzentration der Vermögen sind unrealistisch niedrig.

Ausgewählte Quellen und Literatur

- Stefan Bach: Vermögensabgaben: ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, in: DIW-Wochenbericht 28/2012
- Stefan Bach, Martin Beznoska: Vermögensteuer: Erhebliches Aufkommenspotential trotz erwartbarer Ausweichreaktionen, DIW Wochenbericht 42-2012
- DGB-Bundesvorstand: Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, 2012
- Cornelia Heintze: Die Straße des Erfolgs. Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich, Marburg 2013
- OECD: Divided we stand: Why Inequality keeps rising, Paris 2011
- Claus Schäfer: Wege aus der Knechtschaft der Märkte – WSI-Verteilungsbericht 2012, in: WSI-Mitteilungen 8/2012
- ver.di Bundesvorstand: Vermögensabgabe und Vermögensteuer, Positionen und Forderungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Wirtschaftspolitische Informationen 5/2012
- Joachim Wieland: Vermögensabgaben im Sinne von Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 GG, 2012
- Richard Wilkinson, Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. 4. Auflage. Hamburg/Berlin 2010

Informationen im Internet

- Blog Steuergerechtigkeit: <http://steuergerechtigkeit.blogspot.de>
- Bündnis Umfairteilen – Reichtum besteuern! <http://umfairteilen.de/start/info>
- Europäischer Gewerkschaftsbund des Öffentlichen Dienstes, Kampagne gegen Steuerbetrug: <http://www.notaxfraud.eu>
- Kongress Umverteilen.Macht. Gerechtigkeit: <http://www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu>
- Sozialpolitik aktuell: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/kontrovers---das-aktuelle-thema-neue-armut-in-deutschland.html>
- ver.di Wirtschaftspolitik: <http://wipo.verdi.de>



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft